

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Waisenstr. 8/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate 2.00, ein Jahr 3.50. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.00, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterstützung durch die sozialistische Bewegung in den Reichstagen und Reichstagen für Arbeitsmarkt, Gewerbe- und Berufsbildungsangelegenheiten. 15 Pfennige. Zusätzliche Beiträge 25 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1266.

Nr. 145.

Breslau, Sonnabend, den 24. Juni 1911

22. Jahrgang.

Zum Gewerkschaftskongress.

Die Vertreter der freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen werden nächste Woche in Dresden den **Rechenenschaftsbericht** der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für die Periode vom Juni 1908 bis Mai 1911 entgegennehmen.

Es war eine stürmische Zeit, diese drei Jahre. Haben die Scharmachereien der Unternehmer, die sozialpolitische Rückschläge und Arbeiterkämpferung der Regierung den Siegeszug der freien Gewerkschaften hemmen können? Nicht im geringsten! Siegesgewiß sind die Massen vorwärts gegangen, immer größer, immer mächtiger wird ihre gewaltige Waffe, die Zahl ihrer Anhänger! Ende 1910 waren es schon

2.128.021 Mitglieder!

Im Jahre 1891 noch ein kleines Häuflein, das fortgesetzt unter der Nachwirkung des Sozialistengesetzes zu leiden hatte und heute in der dritten Million! Wer wollte da an der Zukunft verzweifeln?

Die Entwicklung seit jener Zeit zeigt die folgende Zusammenstellung:

Jahr	Mitgliederbestand im Jahresdurchschnitt	Einnahmen in Mark	Ausgaben in Mark	Vermögen
1891	277 659	1 116 588	1 606 534	425 945
1895	259 175	3 056 803	3 488 015	1 640 437
1900	680 427	9 454 075	8 088 021	7 745 902
1905	1 344 803	27 812 257	25 024 234	19 635 850
1910	2 017 013	64 372 176	57 926 566	52 575 505
1910(Ende)	2 128 021			

Es ist ein Stück gewaltiger Entwicklung, das die deutsche Arbeiterbewegung durchgemacht hat. Die Hilfe, welcher dem Proletariat seine Gewerkschaften seit zwei Jahrzehnten gebracht haben, zählt nach Millionen von Mark und Millionen Stunden Arbeitszeitgewinn, in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten haben sie ihn vor dem Versinken ins traurigste Elend des Hungertums bewahrt, in seinen Kämpfen haben sie ihm die Finanzmacht gegeben.

Seit 1900 zahlten die freien Gewerkschaften insgesamt 45 768 718 Mark an Arbeitslosenunterstützungen, dabei sind die Riesensummen für Kranken-, Invaliden-, Notstands- und Sterbeunterstützungen noch nicht mitgezählt.

Für die Kämpfe — Streiks und Aussperrungen — haben die freien Gewerkschaften von 1900 bis 1910 aus:

1900	2 625 642 Mt.	1906	13 748 412 Mt.
1901	1 878 792 -	1907	13 196 363 -
1902	1 930 329 -	1908	4 819 399 -
1903	4 529 672 -	1909	6 904 431 -
1904	5 869 519 -	1910	19 068 972 -

Dresden war als Tagungsort für den 8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bestimmt worden, weil dort die internationale hygienische Ausstellung stattfindet, an der sich unsere Zentralverbände beteiligen wollten. Den Kongress teilnehmern wäre damit nicht allein die bequeme Möglichkeit geboten worden, die Ausstellung besichtigen zu können, sondern die Tagung der Gewerkschaften hätte mit ihren den Arbeiterschutzes betreffenden Referaten gewissermaßen zur Vollständigung der gewerkschaftlichen Ausstellung beigetragen. Diese gute Absicht wurde bekanntlich zu schanden gemacht. Die Öffentlichkeit weiß, wie die Scharmacher die Regierung und das Ausstellungsamt zu beeinflussen wußten, damit den Gewerkschaften die Mitwirkung an der Ausstellung verweigert blieb. Die schon ziemlich weit gediehenen Verhandlungen der Generalkommission mit dem Ausstellungsamt gingen schließlich in die Brüche. Die Befürchtung jener Kreise von der „einseitigen“ Ausstellung durch die Gewerkschaften, die nur die Schattenseiten, nicht auch die „Lichtseiten“ der Hausindustrie zeigen würden, verdrängte sich zu an die Generalkommission gestellten Bedingungen, die diese in Rücksicht auf den Zweck der Ausstellung und in Wahrung der Ehre und des Ansehens der Gewerkschaften zurückweisen mußte. Manche Vorbereitung war inzwischen von den Gewerkschaften getroffen worden; in welcher gründlicher Art, bewies uns die vor kurzem veröffentlichte Broschüre des Fabrikarbeiterverbandes über die Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie. Die Vorbereitungen der Verbände und die Sammlungen des Materials sind jedoch nicht umsonst geschehen; bei gelegener Zeit werden die Gewerkschaften damit in der Öffentlichkeit aufwarten.

Wäre es somit den Gewerkschaften verweigert, abzuwaschen die Schäden der Hausindustrie zu zeigen, so wird die Tagesordnung des Kongresses sich damit beschränken. Weniger sicher mit der Einberufung der Zustände in der Hausindustrie — denn das ist auf Kongressen und Konferenzen in der letzten Zeit hinreichend geschehen — mehr mit der Unzulänglichkeit der bestehenden gesetzlichen Regelung der Hausindustrie. Das Hausarbeitsgesetz, wie es dem Reichstage vorliegt, wird der Vorstehende des Tabakarbeiterverbandes, Dr. Schmidt, behandeln, der aus der Kenntnis der mit Hausindustrie stark durchsetzten Zigarrenfabrikation die Sachheiten dieses Gesetzeswerkes darzulegen wird. Der Kongress wird hier als wichtiges Mittel zur gesetzlichen Regelung der Heimarbeit die Errichtung von Lohnämtern fordern müssen, die Aushängung von Lohnziffern in Betrieben, wo Arbeit außer dem Hause verrichtet wird, und ein

ähnliches Verbot der Heimarbeit bei der Herstellung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln. Daneben muß die Nichtbeziehung der Heimarbeiter in den Kreis der Kranken- und Invalidenversicherung als im höchsten Grade unsozial gekennzeichnet werden. Daß das Gesetz auch seinem positiven Inhalt nach nicht als ausreichender gesetzlicher Schutz gegen die überwachenden Schäden der Heimarbeit angesehen werden kann, wird der Kongress sicher aussprechen.

Von großem öffentlichem Interesse ist die Behandlung des Koalitionsrechtes in Deutschland und des Vorentwurfes zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Rechtsanwalt Dr. Heinemann, der als guter Kenner des Strafrechts gilt, und der schon in zahlreichen Prozessen die um ihr Koalitionsrecht klagenden Arbeiter vertrat, wird diese Materie aus seinem reichen Erfahrungsschatze vom juristischen Standpunkte aus besonders gut beleuchten können. Die jetzt schon unheilbaren Rechtszustände werden durch die Neuregelung des Strafrechts nicht etwa beseitigt, — nein, sie werden noch verschärft! Die seit längerer Zeit vielfach betriebene Spruchpraxis der Gerichte, in der Anklage einer Arbeitsniederlegung schon eine Exzessivität zu erblicken, wird durch das beabsichtigte neue Strafgesetz nicht beeinträchtigt. Es soll zwar zukünftig bei dem Fehlen der Exzessivität der Nachweis erbracht werden, daß die Abkündigung eines Vermögenswertes bezweckt wurde; der aber wird leicht zu bezugeln sein. Somit kann neben der jetzt bestehenden Gefängnisstrafe der Arbeiter aber mit dem Arbeitshaus und Zuchthaus bestraft werden. — Ten § 153 der Gewerbeordnung, der ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter ist, läßt der neue Gesetzentwurf natürlich bestehen. Der Vorwurf bringt keinerlei Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, er beschränkt dieses Recht vielmehr noch weiter und nimmt den im Staatsdienste beschäftigten Arbeitern jedes Vereintätigkeitsrecht: seine einzelnen Bestimmungen erinieren lebhaft an das Zuchthausgesetz seligen Andenkens. — Gegen dieses neu geplante Attentat auf das in Deutschland schon verfallene Koalitionsrecht der Arbeiter ist sich mit Energie und Macht zu wenden, muß als besondere Pflicht des über 2 Millionen organisierten Arbeiter vertretenden Kongresses betrachtet werden. Deshalb darf dieser Punkt der Tagesordnung wohl als der wichtigste des Kongresses bezeichnet werden.

Auch die Frage des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosen-Unterstützung, die Paul Lambert besonders wird, gewinnt täglich größeres öffentliches Interesse. Was sich in der Arbeitslosenunterstützung die Gewerkschaften als Aufgabe gestellt haben, hätten Staat und Gemeinden schon längst als ihre fällige Pflicht erkennen müssen. Die Förderung der Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung einzurichten, und daß das Reich den Gewerkschaften Zuschüsse zu den von ihnen gemachten Aufwendungen zu leisten habe, ohne dabei das Selbstverwaltungsgeschäft der Gewerkschaften anzupöbeln, wird auch auf dem Kongress vertreten werden müssen. Wie hoch die Gewerkschaften durch die Arbeitslosenunterstützung faktisch belastet werden, ergeben folgende Zahlen: 1901 erst 1.845.000 Mark dafür vorausgesetzt, mußten 1907 schon 5 1/2 Millionen Mark dafür aufgewendet werden. In den Kriegsjahren 1908 und 1909 stiegen diese Ausgaben auf 9.318.000 bzw. 9.719.000 Mark; sie sanken in der Zeit besten Geschäftsganges im Jahre 1910, betragen aber immer noch 7 Millionen Mark. — In der Arbeitsvermittlung ist ein Verbot der privaten Stellenvermittlung und die Errichtung öffentlicher-paritätischer Nachweise zu fordern; daneben darf der Ausbau der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise nicht vernachlässigt werden.

Die Frage der Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben ist gleichfalls eine wichtige Frage der Zeit. Paul Lange vom Zentralverband der Handlungsgehilfen dürfte als Referent hierzu aus der Kenntnis der Verhältnisse einer der Privatangestellten verwandten Berufsgruppe über ausreichende Sachkenntnis verfügen. Dieses mit der starken Entwicklung der deutschen Industrie mächtig emporgewachsene Heer der Privatangestellten hat zur Vertretung seiner Interessen bereits die Bedeutung und den Wert eines organisatorischen Zusammenfassens erkannt. Diese Organisation der Privatangestellten in die richtigen Bahnen zu lenken, liegt sehr im Interesse dieser Berufsgruppe. Wenn auch meist in etwas besserer wirtschaftlicher Position, sollten die Privatangestellten doch nicht verkennen, daß eine gewisse Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der Arbeiter sie den gewerkschaftlichen Bestrebungen unserer Verbände und ihrer organisatorischen Einrichtungen nahe bringen müßte.

Bei Besprechung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung wird der Referent Robert Schmidt außer einer kurzen Revue der in Deutschland bestehenden Arbeiterschutzesgesetzgebung und einer Schilderung der Unzulänglichkeit der Arbeiterversicherungsregelung der letzten Jahre gewiß auch der vom Reichstage verabschiedeten Reichsversicherungsordnung ein kritisches Nachwort widmen. Die Gewerkschaften haben hergeblidht verurteilt, auf ihren Tagungen und auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongresse der Reichsversicherungsordnung einen den Wünschen der Arbeiter einigermaßen entsprechenden Inhalt zu geben. Die Mehrheitsparteien im Reichstage aber hatten für die Wünsche der Scharmacher mehr Gehör und stimmten die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion nieder. Der Kongress wird hier aussprechen müssen, was der deutschen Arbeiterversicherung und der Schutzgesetzgebung mangelt. — Eine Resolution des Buch- und Steinbrüdervereins, der Arbeiterverbandes protestiert gegen die Ausschaltung der Frauen in den Ehrenämtern der Arbeiterversicherung und fordert die Wiedereinsetzung der weiblichen Versicherten in der Rechtsperson.

Ueber Bildungsbestrebungen und Ethikswesen in den Gewerkschaften wird Sassenbach referieren. Deftentlich wird hierbei einmal gezeigt werden, was die Gewerkschaften in ihren Institutionen an Bildung und Aufklärung der Arbeitermassen leisten, so in den von der Generalkommission veranstalteten Unterrichtskursen, in der Literaturbeilage des Korrespondenzblattes, in den örtlichen Vortragskursen und anders mehr. — Im Bibliothekswesen müßte noch mehr auf eine Zentralisation der an den einzelnen Orten bestehenden Arbeiterbibliotheken hingewirkt werden.

Die Errichtung einer „Volkswacht“, einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmungsberufung, wird als weiterer Verhandlungsgegenstand nach der Tagesordnung des Kongresses angelegt werden. Den Mitgliedern der Gewerkschaften und der Konsumvereine soll damit eine Verbindung geboten werden, die jeden eingezahlten Pfennig möglichst an die Versicherten zurückzuführen wird. In den Privatversicherungs-gesellschaften gehen den Versicherten heute jährlich 150 Millionen Mark an eingezahlten Beiträgen verloren. Und die Verhältnisse in diesen Gesellschaften löten umgebende Summen; heißt das bekanntlich der Direktor der „Alloria“ allein über 777.000 Mark Jahresentlohnungen. Gewerkschaften im Verein mit den Konsum-

genossenschaft wollen mit dieser „Volkswacht“ daher dem Arbeiterpublikum eine Versicherung schaffen, in der die Interessen der Versicherten in weitestem Maße gewahrt werden. Es soll eine Sterbegeld- und Altersunterstützung, eine Kinderversicherung und eine Konsumsunterstützung eingerichtet werden. Einzelheiten über diese geplante Einrichtung sollen dem Kongress vorgelegt werden. Die Einrichtung würde sicher dazu beitragen, daß wirtschaftliche Macht sich immer mehr in den Händen der Arbeiter konzentriert.

Der Rechenenschaftsbericht der Generalkommission, den Karl Lezin erhalten wird, liegt dem Kongress gedruckt vor.

Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juni 1908 bis 31. Mai 1911. Der sozialpolitische Arbeit des Reichstages in ihrer Bedeutung für die Gewerkschaften und die Stellung unserer Verbände zu den sozialpolitischen Gesetzesverordnungen werden darin zunächst besprochen. Außer einigen kritischen Zeilen zur Finanzreform werden das Arbeitsamtergesetz, das Hausarbeitsgesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung, das Stellenvermittlungsgesetz, das Gesetz über die Sicherung der Hausforderungen und die Reichsversicherungsordnung erörtert. Der Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter in Deutschland und die Maßnahmen der internationalen Gewerkschaftskonferenz hierzu, die gemeinsamen Arbeiten der Partei und der Gewerkschaften zur Erziehung der Arbeiterjugend, und das Mittel ist den Verhandlungen zur Beteiligung der Gewerkschaften an der internationalen hygienischen Ausstellung gewidmet. Besonders Interesse beanspruchen die Vereinbarungen mit dem Zentralverband der Konsumvereine, die auf dem Kongress auch als besonderer Punkt im Rechenenschaftsbericht behandelt werden sollen. Die Vereinbarungen betreffen, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen, weshalb die Verordnungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen getarnt und ihnen einwandfreie Bezugsquellen genannt werden sollen; beschließen sollen die Konsumvereine Strafanfallstrafzeugnisse nicht mehr zum Verkauf bringen. Bei dem Kauf von Waren sollen die Konsumvereine nur tarifreue Firmen berücksichtigen. Der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses, der die Gewerkschaften zur Unterstützung der Konsumvereinsbewegung verpflichtete, wird erneut in Erinnerung gebracht. Wohlwoll über Referenten der Konsumvereine darf nur unter Zustimmung der beteiligten Gewerkschaft und der Generalkommission verhandelt werden, vordem ist die Vermittlung des Zentralverbandes der Konsumvereine anzureufen. Und endlich wird bei Gründung industrieller Arbeitgenossenschaften größere Vorsicht angeraten. Ueber die Tätigkeit der durch die Generalkommission eingerichteten Institutionen, dem Arbeiterinnen-Sekretariat, dem Zentralarbeitssekretariat und der neu gegründeten sozialpolitischen Abteilung wird ebenfalls berichtet. Die Besprechung der internationalen Verbindung und eine kurze Verhandlung über die innere Verwaltung beschließen den Bericht, dem ein ausführlicher Kassendruck beigegeben ist. Einnahmen und Ausgaben sind folgende: Die Einnahme betrug rund 1.061.000 Mark, die Ausgabe 1.019.000 Mark, sodas ein Ueberschuß von 42.000 Mark zu verzeichnen ist; der Kassendruck befreit sich auf 405.000 Mark. Die Abrechnung über Streiks und Aussperrungen schließt einschließl eines Selbstvertrages von 8.149 Mark mit rund 2 1/2 Millionen Mark ab. Diese hohe Summe wurde durch den schwedischen Streik und die Bauarbeiteraussperrung verursacht.

Mit einem erfreulichen Ergebnis der Mitgliederbewegung tritt der Gewerkschaftskongress am 26. Juni zur Beratung seiner reichhaltigen Tagesordnung zusammen. Die starke Entwicklung der deutschen Zentralverbände und ihre Erfolge in der Hebung der Lebenslage der deutschen Arbeiter haben das Vertrauen der Arbeiter und Arbeiterinnen zur gewerkschaftlichen Organisation gestärkt, sie dienen als beste Werkkraft für den gewerkschaftlichen Organisationsgehanken. In diesem Sinne weiter tatkräftig zu wirken, wird der Dresdener Kongress beitragen. Möge seiner reichen Arbeit auch reiche gewerkschaftliche Ernte beschieden sein!

Politische Uebersicht.

Das Echo von Wien.

Die beispiellose Niederlage, die der Merkantilismus bei den Stichwahlen in Oesterreich erlitten hat, muß mit dementener Kraft auch nach Deutschland herüberwirken. Nachdem sich die rein romantischen Länder von der Kirchenherrschaft befreit, ist jetzt im gemischtsprachigen Belgien der Zusammenbruch des Merkantil Regiments nur noch eine Frage der nächsten Monate; in Oesterreich ist er durch die letzten Wahlen so gut wie vollständig geworden. Der Merkantilismus hat in Lissabon und Madrid verspielt, er hat Rom und Paris verloren, er steht in Brüssel vor dem Ende und in Wien ist er aufs Haupt geschlagen. Was bleibt ihm noch? Berlin!

Die Berliner Presse steht ganz unter dem Eindruck der österreichischen Ereignisse. In den liberalen Blättern ist die Freude über die Erfolge der Deutschfreiheitlichen groß, wenn man auch leise zu begreifen scheint, daß der Sieg des Nationalismus über die Kampfgewohnheit, gut organisierte Sozialdemokratie Deutschböhmens kein dauernder sein kann. Aber das Hauptaugenmerk aller bürgerlichen Zeitungen, der liberalen wie der konservativen und ultramontanen, ist doch auf Wien gerichtet, auf Wien, wo über 19 von 33 Wahlbezirken die rote Fahne weht; auf Wien, das heute eine Domäne der Sozialdemokratie ist, wie Berlin oder Hamburg. Das Gefühl scheint allgemein, als ob Wien durch seine Tat vom 20. Oktober weiter nach Europa, näher der deutschen Grenze gerückt wäre, und aus allen Betrachtungen der Berliner, wie überhaupt der reichsdeutschen Presse, ist der Grundgedanke hervor, daß es sich um einen deutschen Kampf gehandelt hat, der branten an der Donau geführt wurde.

Nur über Schwab, Sozialdemokratie oder Merkantilismus reaktionär? das war am Vorabend des Siegeszuges die Frage von Wien. In ein paar Monaten wird es die Frage von Deutschland sein. In einigen Wochen wird

wird voraussichtlich in Düsseldorf, wo für den verordneten Zentrum Abgeordneten Ritsch eine Nachwahl stattfinden hat, eine wichtige Vorentscheidung fallen. Wie in Wien wird in Düsseldorf und in ganz Deutschland die Sozialdemokraten den Merikalreaktionären Block in Scherben schlagen, wenn nicht abermals die bürgerlich liberalen Parteien schließend vor ihn treten werden. In Wien haben sie es nicht getan, der Erfolg liegt offen zutage. Von zwanzig Sitzen, die die Christlichsozialen dort besaßen, haben sie noch vier; alle ihre Führer sind hinausgeworfen! Eine ähnliche Niederlage stände, wie aus den Biffen der Wahlstatistik oftmals unüberleglich nachgewiesen wurde, auch den Agrarkonservativen im Reich bevor, wenn sich die Liberalen dazu entschließen könnten, die Taktik ihrer Wiener Gesinnungsgenossen zu befolgen. Das Zentrum würde aus den Städten hinausgedrängt werden und erstliche erhebliche Abbruch auch in halb ländlichen Gebieten. Krochheim bereiten sich die Nationalliberalen im Westen auf ein Stichwahlabkommen mit dem Zentrum vor, und im Osten bleibt der Fortschritt im Kampfe gegen das Junkertum unüberleglich wie zuvor!

Das Beispiel von Wien muß jenen Elementen im Liberalismus den Rücken stärken, die ernstlich den Kampf gegen rechts wollen, und darum wird der Sturz der Christlichsozialen Herrschaft an der Donau auch von den Reaktionären an der Spree bitter beklagt. So jammert die „Kreuzzeitung“:

„Wo überall hat der Fortschritt auch in Wien der Sozialdemokratie, dieser wahren Schutztruppe des Judentums, die Steigbügel gehalten und die Platte zur Macht geednet. Und wenn auch die Christlichsozialen, die das reiche Erbe Luegers vererbte, an dieser Entwicklung nicht ohne Schuld sind, so muß es doch im Interesse des Deutschlands, nicht nur in Österreich, lebhaft beklagt werden, daß es Deutsche waren, die im Kampfe gegen eine andere deutsche Partei die alte Hauptstadt des Reiches der internationalen Sozialdemokratie auslieferten.“

Der fromme Reichsbote findet wie gewöhnlich im allgemeinen Wahlrecht die Schuld an jeglichem Misserfolg und übersättigt die hinausgeworfenen Christlichsozialen mit Komplimenten von überwältigender unfehlwilliger Demut. Er schreibt:

„Die Reichshauptstadt an der Donau hat man auch den Außen, 12 sozialdemokratische Vertreter in den Reichsrat entsenden zu können. Also auch die frühere Donau-Stadt hat vorzüglich die Intelligenz und die geistige Aristokratie ausgelassen von ihrer Vertreibung. Die Kultur der Haupt soll Sprecherin sein für die Selbstliebe der Donau-Region, wie überall, wo das nächste Majoritätsprinzip entscheidet.“

Die Partei der Jungtürken und Diebstahler als Vertreterin der Intelligenz, als geistige Aristokratie zu betrachten und im Mechaniker Schneider das leuchtende Haupt der Wiener Selbstliebe zu bewundern, bleibt wohl von allen deutschen Blättern dem „Reichsboten“ allein vorbehalten. Es kann nun nicht fehlen, daß die Wiener Christlichsozialen „Gumpel“ den „Reichsboten“ für das größte Blatt Europas erklären.

Anders klingt es aus der liberalen und bürgerlich demokratischen Presse Berlins. So ruft die „Volkzeitung“:

„Kamst Euch an Wien ein Beispiel, und Ihr werdet den Riesen auf dem Rücken führen, den schwarzen Block, zu Boden werfen, zum Heil des deutschen Volkes, dessen schlimmste Feinde das egoistische Junkertum, die engstirnige Orthodoxie, der kulturfeindliche Merikalismus sind. Denn Ihr wollt, damit Ihr dieses Joch abjuchelt. Rechts steht der Feind!“

In ähnlichem Sinne feiert auch das „Berliner Tageblatt“ den Sturz des Wiener Merikalismus als „eine Verheißung für die kommenden allgemeinen Wahlen im Deutschen Reich“, und selbst die weiter rechts stehende „Postische Zeitung“ ist jetzt sehr liberal — für Österreich. Allerdings hat dieselbe „Postische Zeitung“ noch vor wenigen Tagen als echte Wiener Opposition der Wienerischen Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie das Wort

geredet! Jetzt ruft sie triumphierend: „Vorank heißt auch für Wien die Parole: Vorwärts!“, während, wenn es nach ihr gegangen wäre, Wien auch heute noch christlichsozial wäre! Der echte Liberalismus bleibt eben immer derselbe, das heißt, er kann immer so, aber auch anders. Seit dem Tage von Wien ist er um eine geschichtliche Lehre reicher. . . . Aber freilich, was jemals für ihn die Geschichte zu etwas anderem da, als um aus ihr — nichts zu lernen?!

Von beiden Häusern des Landtags.

Das Dreiklassenhaus hatte Donnerstag eine langweilige und zudem noch an Ergebnissen sehr arme Sitzung. Das Wegereinigungs-gesetz wurde in zweiter Lesung zwar erledigt, aber die dritte Lesung abgesetzt. Das Bullenhaltungsgesetz für die Rheinprovinz verwickelte man an die Kommission zurück und die rheinische Landgemeindevorordnung wurde gar nicht erst begonnen. So ist aus den Verhandlungen nur hervorzuheben, daß es zwischen zwei Staatsräthen zu einem heftigen Zusammenstoß kam. Beim Wegereinigungs-gesetz zog der im Kreise Stolz begüterte Freiherr von Camp gegen „extravagante“ Forderungen dortiger Polizeiverwalter los. Herr von Brünning, von des Königs Gnaden Landrat und durch das Selbstwahlrecht konservativer Abgeordneter des Preises Stolz, fühlte sich getroffen und antwortete mit beleidigter Miene und offener Verhöhnung. Aber Herr von Camp war auch nicht von Pappe und er warf dem Landrat sogar ein „unerhört“ an den Kopf. Unberührt verließen die Rämpe die Rednerische Arena. Am Freitag wird eine konservative Interpellation beraten werden, die Abwehr der Gefahr der Viehseuchenverschleppung durch die Mandher fordert, hernach soll die rheinische Gemeindevorordnung verabschiedet werden.

Im Herrenhause wurde das Sekundärbahngesetz beraten, wobei Graf Wirsach abermals über die hohen Steuern jammerte. Seine Anregung, die Steuerzuschläge zu beseitigen und den Ausfall aus den Eisenbahnbahnhöfen abzugeben und überdies noch die halbtägige Vorlage einer neuen Steuertabelle angekündigt. Man kann ja gespannt darauf sein, wie es dabei mit der Sozialpolitik der preussischen Finanzverwaltung bestellt sein wird. Sanftdröcker von Swinner sprach auch wieder, scheint sich aber mit der staatlichen Finanzpolitik schon mehr abgefunden zu haben. Für die Gedankenwelt gewisser Kreise ist die Rede des Herrn von Buch bezeichnend, der die gesamte Finanzwirtschaft von der Rücksicht auf kommende Ereignisse geleitet sehen will. Dr. von Burgsdorf bekämpfte die Tarifermäßigungen für Margarine, die er mit „Delatag“ überseht. Er nahm auch auf den Prozeß Prohr-Altona Bezug. Wenn unsere Agrarier die Butter nicht zum Luxusartikel gemacht hätten, bräuchten sie nicht über den Massenkonsum von Margarine zu wettern. Dann wurden Petitionen erledigt, wobei auch der ins Herrenhaus spezialisierte Klempnermeister Plate-Hannover rebete. Er erzielte sogar den Erfolg, daß sein Antrag auf Ueberweisung einer Petition wegen Sicherung der Bauforderungen zur Verabsichtigung angenommen wurde. Ist das nicht ein reichlicher Erfolg dafür, daß die Bürger und Gewerbetreibenden Preußens durch das Dreiklassenwahlrecht den Junkern und Heiligen ausgeliefert werden? — Nächste Sitzung am 27. Juni.

Flegenzucht, Wegereinigung, Bullenhaltung — — Wahlrecht?

Das preussische Abgeordnetenhaus hat noch immer keine Zeit gefunden, sich mit den Wünschen des preussischen Volkes zu beschäftigen. Es hat zu viel zu tun. Nachdem es neulich die Fragen der Flegenzucht mit gründlicher Semerkhaft erörtert, hat es neuerdings fun-

berlang über öffentliche Wegereinigung debattiert und hat mit großem Eifer in die Probleme der Bullenhaltung vertieft. Das Dreiklassenhaus präsentiert sich als ein Kreis-tag auf verbreiteter Grundlage, außer Grundbestimmungen gibt es keine, die man der Erörterung für wert findet. Wer sich jetzt in Berlin vom aufgeregten Treiben der Großstadt erholen will, braucht gar nicht aufs Land zu reisen, es genügt, in das Abgeordnetenhaus zu gehen, um sich von großstädtischer Kultur in der ländlichen Abgeschiedenheit eines ostelbischen Gutsbezirks zu fühlen. Man atmet die gesunde Luft des Kuhstalls, hier und da riecht es sogar nach echtem Bodmiß.

Wird das hohe Haus nach Erledigung seiner inneren Angelegenheiten endlich auch die Gnade haben, den ihm seit langem vorliegenden Wahrscheinlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen? Man weiß es nicht! Optimisten prophezeien für den nächsten Montag eine große Wahlrechtsdebatte. Andere sind überzeugt, daß ein Versuch der Mehrheit, jede Erörterung der Wahlrechtsfrage zu verhindern, nicht ausbleiben wird. Und das preussische Volk? Es wartet in schier unerschöpflicher Gutmütigkeit und Geduld auf das Kommende. Aber schließlich muß auch ein Tag erscheinen, da siehst du ihm der Geduldsfaden reißt!

Die soziale Struktur der Reichstag-Wahlerschaft.

Von 9.090.381 Wahlberechtigten im Jahre 1882 waren 52 Prozent wirtschaftlich unselbständige Proletarier, 43 Prozent selbständige Gewerbetreibende, 5 Prozent gehörten anderen Berufen an. 1895 vernehrte sich die Gesamtzahl der Wähler auf 10.628.292; davon waren 53 Prozent proletarisch, 39 Prozent selbständige Wähler, 9 Prozent gehörten anderen Berufen an. Bei der Wahl 1907 betrug die Zahl aller Wähler 13.352.000. Sie verteilte sich in 55 Prozent proletarische, 33 Prozent selbständige Wähler, sowie 12 Prozent Angehörige der sonstigen Berufe.

Nach der neuen Volkszählung 1910 stellt sich die Zahl der Wähler nach dem Dittor früherer Ergebnisse berechnet für die Wahl im Januar 1912 auf rund 14.400.000, wovon 57 Prozent proletarische, 30 Prozent selbständige Wähler sind; als Rest verbleiben 13 Prozent der anderen Berufe.

Der Prozentsatz der proletarischen Wähler nimmt stetig zu, der der selbständigen immer ab. Seit 1882, wo der Prozentsatz der proletarischen und selbständigen Wähler nur um 10 Prozent differierte, also seit dreißig Jahren, hat sich die Differenz beider verdoppelt, das heißt die proletarische Wahlerschaft doppelt so stark ist, wie die der selbständigen Wähler; daneben wächst langsam die Schicht der übrigen Berufe, wie Beamte etc. Wäre das ganze proletarische Element der deutschen Bevölkerung in der Sozialdemokratie vereinigt, wäre politische Einsicht und Aufklärung schon so weit gediehen, dann hätte sie die parlamentarische Mehrheit hinter sich. Die Einsicht nimmt langsam aber sicher zu.

1882 stimmten von 4,7 Millionen proletarischer Wähler 10 Prozent sozialdemokratisch, 1895 von 5,6 Millionen 30 Prozent, 1907 von 7,2 Millionen 46 Prozent; 1912 werden bei 8,1 Millionen proletarischer Wähler die 50 Prozent sicher überschritten werden. Reicht man nur die abgegebenen Stimmen in Berechnung, dann stellt sich natürlich das Resultat für die Sozialdemokratie wesentlich günstiger.

Der Hanjabuud-Strach.

Geheiratet Krieger, Präsident des Hanjabuud, hat dem Landrat a. D. Rötger, der rühmend und großend dem Hanjabuud den Rücken lehrte, geschrieben, Rötgers Austritt könne nur den Sinn haben, daß er jetzt aus Gründen politischer Natur münche, daß der Hanjabuud nicht mehr den sachungsmäßigen wirtschaftspolitischen Kampf gegen die Uebergriffe des Bundes der Landwirte führe, sondern einen sachungswidrigen

Wer tat's?

Roman von Konrad Felmann.

32 | (Nachdruck verboten.)

Seine schlief er aber trotz aller Müdigkeit nicht ein, — zum erstenmal nicht, solange er denken konnte. Was ihm juch aber auch alles im Kopfe herumdröhnte! Eine überauswichtige Furcht beherrschte ihn. So gut der Priester und der Einarmige glaubten, er habe die Furcht Somers umgebracht, konnte auch Adriano Ricca es glauben. Und wenn er Gewissens nicht betreten würde, würde er dann um ihrwillen lügen. Wie ein weigalühender Eisenstiel bohrte sich ihm diese Vorstellung ins Hirn. Und eine kleine Angst schlich ihm übers Herz. Furcht! dachte er, er konnte ja sterben. Aber damit zeigte er sich selber ebensowenig als Täter an, als wenn er aus Gericht ging. Er stand auf, alles Blut war ihm zu Kopfe geschlagen, schlafen konnte er nicht. Er ging abwärts, zog sein Mantel heraus, das er an einer Schwür auf der rechten Brust trug, und betete. Er dachte an seine Mutter, die ihm das Kreuzlein umgehängt hatte, als er ein Kind gewesen war. Sie war immer eine sehr fromme Frau gewesen, besonders aber, seit der Vater in den Seidenfabriken durch eine zu früh ererbte Blase um sein Leben gekommen war. Ihn in seiner leibhaftigen Jugend war's schier zu viel besser geworden; aber die Mutter, die am liebsten ins Kloster gegangen wäre und nur jenseitlichen diesem Geduldswege anhängte, hatte ihm mehr als einmal prophezeit, die Zeit würde ihm noch kommen, wo er leben lernen und den Segen des Heils erkennen würde. Jetzt erinnerte er sich dessen, und ein Schauer rüttelte an ihm. Nur die Furcht, daß ihn die andere beten sehen und dann lächeln könnten oder gar neue Verachtungsgründe daraus schöpfen würden, trieb ihn vor der Zeit auf und an sein Bett zurück.

Auf dem Nachschloßwege sah er Meitsa Mariani der Hundert Schritte vor ihm auf dem Wege nach Bergamo begangen. Er ging schweigend und mit gekrümmtem Kopfe, als ob er von weicher Erde aus sich müde sei. Als aber aus dem Dunkel eine zu ihm etwas hintrat, beschleunigte er plötzlich seine Schritte und eilte fort, ohne zu antworten oder sich umzusehen, den Arbeitern aus dem Gesicht zu kommen. Gewiss hatte oberhalb des Berges, der Einarmige nicht gerade ihm aus. Meitsa Mariani aber sagte: „Der Kaiser wird persönlich kommen aus Florenz und hat Adriano Ricca im Gefängnis befreit. Das ist die Wahrheit, mit dem er ja immer geglaubt hat, daß's ihm verfallen ist, so freigegeben und Adriano Ricca ist der einzige, für den der Einarmige so etwas wie Freundschaft hat, ganz im Gegensatz zu den anderen, die er so oft im Gefängnis und im Exil gesehen hat.“

Belohnt man ihn zu sehen. Pakt auf, der bringt Adriano Ricca nach wieder heraus, der bringt's fertig.“ „Geld bringt alles fertig“, sagte einer von den Arbeitern und sie gingen weiter.

Dreizehntes Kapitel.

Je näher der Sonntag herantrat, desto unruhiger wurde Severo. Er dachte an der Vorstellung, daß Padre Gioacchino ihn im Gefängnis erwartete und daß er dort von ihm hören würde, er, Severo, sei der Mörder und wolle sich dem Gericht anzeihen, um seine Last zu heben. Er war jetzt entschlossen, nicht hinzugehen. Die konnte er denn auch? Er steckte sich in einen hölzernen Korb gegen diesen Priester auf, der ihn durchaus zum Rücktritt machen wollte, der ihn mit aller Gewalt in die Seidenfabrik, in die Seidenfabrik hineinstieß, um ihn von sich zu reißen zu können, er habe den Seidenfabrikant nicht mit zugleich einen Justizverwandten verstanden, also allein der Körper gebildeten Sache der weltlichen Gerechtigkeit gebietet, nachdem er dazu keinen Anlaß hatte als Diener der Kirche. Damit dieser Priester sich wieder eine neue Anwesenheit auf dem roten Hof erwarb, sollte er, Severo, ein Mörder sein. Was denn das Gut wohlgefallen? dachte das sein? Wenn Adriano ihm die Last freilich nicht abhätte und der, welcher heute anstatt ihrer unglücklich hinter den verfallenen Severo sah, anders nicht zu befehlen war. — Das war's, was ihn quälte, in ihm wühlte, ihn bedrückte sich. Er fühlte sich schuldig, wie das Recht in ihm gerann, wuchs und wuchs und ihm weiter drängte, wider seinen Willen, Schritt für Schritt. Es grünte ihm dabei, aber vielleicht gerade deshalb riß es ihn dazu fort wie mit geheimen Kräften. Er dachte sich hundertmal, daß er Adriano's Schuld nicht auf sich zu nehmen brauche, daß er nicht hätte dürfen mit seiner Selbstverpflichtung, weil auch das Eigen eine Schuld sei, in ihm überdies eine gewisse Unruhe lag, daß Adriano's Schuld ja auch mit die seinige sei. Er erinnerte sich daran, daß er sich eine Forderung davon gefürchtet habe, er werde von ihr vertraut werden und sie wolle ihm ihre Schuld aufhängen, deshalb hätte er antworten sollen, er sei in der Fremde nicht anständig seines Landes gewesen. Und nun fiel es ihm auf Herz, daß er ja wirklich damals gelogen hatte, als er es verweigerte, und daß Adriano's Justizverwandten für ihn bebte, er solle allein ihrer heiliger Schuld auf sich nehmen und dadurch auch die abhätten, die er durch unglücklicher und unglücklicher Verdacht gegen sie begangen. Und wenn er es nicht tat, würde Adriano Ricca ja aus Kapotte hoch Adriano's des Mordes beschuldigen, und alles würde dann aus dem Kommen. So hobte es in ihm. Er mußte weiter, er sah, daß alles nichts half, er mußte. Die von allen Seiten eingeschloßene Luft er sah das. Er konnte noch keine Richtung für mehr anstreben. Die hatten sich gegen ihn verschlossen. Darüber dachte er schließlich nach des Bewusstseins, daß er

ja gar nicht der Mörder war. Er dachte nur immer daran, wie er sich vor den Folgen seiner Schuld bergen könne, und dachte die Empfindung seiner Unschuld dadurch ein. Furcht beherrschte ihn, — Furcht vor der heiligen Gottesmutter, vor dem Priester, vor Adriano Ricca, vor allen, die er sah. Er wollte immer etwas aus ihnen Mienen lesen, er sah sie andächtig von der Seite an, ihm hangte vor dem, was sie sagen würden. Alle hielt er für seine Feinde, von allen verlor er sich die Schlimmsten. Wenn sie irgend etwas sagten, was mit dem Worte in gar keiner Beziehung stand, wunderte er sich jedesmal. Er betete viel und inbrünstig, eigentlich den ganzen Tag. Auch während er die Spinnrade schwang oder mit der dunklen Schutzbrille vor den Augen, die Eisenfelle entriech, murmelte er unablässig Gebete vor sich hin; häufig bewogte er freilich bloß die Lippen, ohne zu wissen, ob und was er eigentlich vor sich hinsprach. Aber allerlei halbvergeffene Gebete aus seiner Kindheit, die ihm seine Mutter gelehrt hatte, waren doch wieder in ihm wach geworden. Mit dem, was auf ihm lag, hatten sie freilich nichts zu schaffen, wendeten sich auch zum Teil an bestimmte Verträge, die für Diebstahlen und schwere Strafen zur Hilfe angerufen wurden; aber er hatte die Ueberzeugung, daß die Gebete seine gute Absicht dennoch daraus erkennen und ihn beistehen werde. Die Kameraden mußten nicht mehr, was sie aus ihm machen sollten. Wenn sie ihm die banalsten Dinge erzählten, fuhr er erschreckt zusammen, sah sie misstrauisch an und lachte so erzwungen und unnatürlich, daß sie die Köpfe schüttelten. Es schien mit Severo Ricca nicht ganz richtig zu sein.

Am Sonntagmorgen stand er in der ersten Frühe auf und beschloß, davonzulassen, ehe er noch die Waden Wunden hören würde. Denn sonst würden sie ihn in die Seidenfabrik hinarbeitren und da würde er befehlen müssen, was Padre Gioacchino von ihm verlangte. Davor aber zitterte er. Furcht wollte es noch geradezuwage und wie er da war, nach Florenz hinunter, um denen da im Gefängnis zu sein, sie sollten Adriano Ricca herauslassen und ihn selber für dessen in Ketten legen. Oder er wollte zum Brigadier von Bergamo gehen und sich anzeigen. Nur nicht befehlen, um nicht Gott und den Selbigen belächeln, was doch nicht wahr war. Er wollte ja ins Gefängnis, er wollte auf die Galere, er wollte ein Mörder sein und als Mörder lächen, — alles, was man von ihm verlangte; man ließ ihm ja sonst doch keine Ruhe, man sagte ihm da hinein, man zwang ihn dazu. Für die Strafe sollte man ihm erlassen, befehlen wollte er das nicht, was über ihn gekommen war und sich nicht mehr abwenden ließ. Eine unangenehme Angst davor hatte ihn ergriffen. Die stämmige Strafe hatte er ja doch nicht verdient, die brauchte nicht auch noch über ihn zu kommen, und wenn er erst einmal gebührend hatte, mußte er auch die auf sich nehmen. Dann würde er in aller Ehrlichkeit befehlen müssen. Er wollte nicht breunen. (Fortf. folgt.)

Kampf gegen alles, was links stehe, aufnehme. Ein solches Verfahren widerspricht in hohem Maße den dauernden Lebensinteressen des gesamten deutschen Gewerbestandes. Der Sanfandbund werde, gestützt auf die begeisterte Zustimmung weiterer Kreise des deutschen Gewerbestandes, sein Programm unbetrübt fortkehren und durchführen; seine Aktionskraft und Geschlossenheit werde durch den Schritt Röggers nicht gemindert.

Die „Vossische Zeitung“ meint, es sei verständlich und verständlich gewesen, daß die Großindustrie bei der Gründung des Sanfandbundes nicht zurückbleiben, sich nicht absondern wollte. Ein Beweis der Loyalität, der Frömmlichkeit und des Vertrauens sei es gewesen, daß die Schöpfer des Bundes und die Veranlassung im Rückblick dem Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Industrieellen eine der Präsidentenstellen und eine Anzahl Plätze im Direktorium einräumten. Von Anfang an hätte es Juchauer gegeben, die ein dauerndes Einvernehmen für ausstehen hielten. Der frühere Kandidat Rögger sei ein streng konservativer Mann, der weit mehr Sinn und Verständnis für die Schmachterei gegen die Sozialdemokratie, als für die Stärkung des Bürgerums gegen die Macht des Ueberanwartsartums, ein viel klareres Auge für die Begehrtheit der Arbeiter, als für die Begehrtheit ostentativer Landlords habe. Er hätte sich verlegt, wenn in markigen Worten „Bürger heraus!“ gerufen würde.

Die „Vossische Zeitung“ scheint durchaus zu übersehen, daß der Schmachterei Rögger, der streng konservative Mann, auch heute noch ungestört dem Sanfandbundspräsidium angehören würde, wenn er nicht freiwillig und brüst auf diese Ehre verzichtet gesehlet hätte.

Die „Freuzzeitung“ führt aus, der unausbleibliche Kampf im Sanfandbunde habe seinen Anfang genommen. Aus der Affäre des Röggers sei zu ersehen, daß der Präsident des Bundes die übrigen Präsidialmitglieder nur als Dekorationen ansehe, die dazu da seien, „im hiesigen Aktuabmarsch zu verbecken.“ In diesem Sinne werde man auch die noch verbleibenden Mitglieder des Sanfandbundspräsidiums entweder als Jung- und Unselbstberate oder als Strohmänner ansehen.

Der „Reichsbote“ fühlte wieder einmal den Ehrgeiz, größte Komik zu produzieren. Er schreibt Röggers Erklärung sei für Rögger so niederwerfend, daß ihm wohl nichts anderes übrig bleiben wird, als sein Amt niederzulegen und den Sanfandbund als eine innerlich widersprüchliche und darum unheilbare Gründung erscheinen zu lassen. „Es sei vorauszusehen gewesen, daß das kommen mußte — und es sei vorauszusehen gewesen, daß das kommen mußte.“ — und es sei vorauszusehen „und zwar noch zur rechten Zeit, um das Unheil zu verhüten, welches der Sanfandbund unter Röggers Führung mit seiner Sammlung der linksstehenden Liberalen und der Sozialdemokratie zur Bekämpfung der Rechte bei den Wahlen angerichtet haben würde.“ Sein gehässiger unwarer Auswurf: „Bürger heraus!“ müßte ihm zum Sturz geraten. Offenlich werde der Brief Röggers werten Kreisen die Augen öffnen.

Nationalliberales Kampfbund. Der nationalliberale Geist, der in dem wachstumsfeindlichen Artikel der „Magdeburgerischen Zeitung“ spukte, hat auch die „Berlin. Vorken-Ztg.“ angesteckt. Vorkemmerend gegen das auf dem Sonntag gefallene Wort von der entschlossenen Rücksichtslosigkeit gegen die Agrarkonservativen verlangt das nationalliberale Vorkemmer schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie. „Da gibt es kein Drehen und Wenden, kein Wenn und kein Aber, kein Einseitiges, kein Unterteils.“ Der Feind unseres Bürgerums ist die Sozialdemokratie und die geschmeidige, der noch viel gefährlichere als die plump drohende Was die Konservativen gefürchtet haben — und es ist ein großes Schuldonto — darüber wollen wir kräftig und energisch mit ihnen bei den Wahlen abrechnen Über die Konservativen schwächen zugunsten der Sozialdemokratie — das istbarer Instinkt! Das ist eine Verfündigung an der klaren politischen Vernunft unseres Volkes, an unserer Staatsauffassung und an unserer Gesellschaftsordnung. Nein — der Feind unseres Bürgerums ist die Sozialdemokratie, dagegen gilt der erste und schärfste Kampf! und der allerallerdings mit entschlossener Rücksichtslosigkeit!“

Dieses Dramatisieren wird den Nationalliberalen nicht viel nützen, bei den Konservativen sind sie doch unentbehrlich, die Redereien können nur den Spott und Pohn gegen die Nationalliberalen erhöhen und im übrigen werden die armen Schächer roh sein, wenn sie hier und da ein Mandat mit sozialdemokratischer Hilfe vor dem Ansturm des schwarzblauen Wolfes retten.

Die Kontingente der Zündwarenfabriken. Das Gesetz über Änderung des Zündwarensteuergesetzes vom Mai 1911 erteilt dem Bundesrat die Befugnis, die festgesetzten Jahreserzeugungsmengen entsprechend dem Inlandsverbrauch herabzusetzen. Dabei sollen die kleinen und mittleren Fabriken in geeigneter Weise berücksichtigt werden. Der Bundesrat hat nun die Kontingente der Zündwarenfabriken für das laufende Betriebsjahr und für das Betriebsjahr vom 1. Oktober 1911 bis zum 30. September 1912 auf 45 Prozent der Erzeugung des Jahres 1911/12 festgesetzt, wie viel Prozent ihrer Kontingente die Zündwarenfabriken produzieren dürfen; falls aber der tatsächliche Konsum mit der Erzeugungsmenge nicht im Einklang steht, ist der Bundesrat berechtigt, die Höhe des Kontingents auch innerhalb des Betriebsjahres zu ändern. Für die einzelnen Fabriken sind die Kontingente so festgesetzt, daß die mit einer Erzeugung bis 180 Millionen Stück ihr volles Kontingent behalten. Von 180 Millionen bis zu 360 Millionen ist eine Kürzung um 10 Prozent, bis 540 Millionen um 15 Prozent, bis 720 Millionen um 20 Prozent, bis 900 Millionen um 25 Prozent, bis 1080 Millionen um 30 Prozent, bis 1260 Millionen um 35 Prozent, bis 1440 Millionen um 40 Prozent, bis 1620 Millionen um 45 Prozent, bis 1800 Millionen und darüber um 50 Prozent eingetretet. Eine Zündwarenfabrik darf ihr Kontingent um höchstens 5 Prozent überschreiten; das Mehr wird aber auf die Kontingentlänge des folgenden Betriebsjahres angerechnet.

Die Gewerbe-Inspektion für Mecklenburg-Schwerin hat ihren Bericht für das Jahr 1910 erscheinen lassen. Wie sich das für das Junterland Mecklenburg versteht, verzichtet der Gewerbe-Inspektor darauf, Ausführungen allgemeiner Art zu machen. Er bietet in seinem Bericht eine reine Rechenarbeit über Tatsächlichkeiten. Die „glatte Forderung“ des hinreichend bekannten Kolloider Professors Ehrenberg kann also damit zufrieden sein. So viel aber geht aus den Berichtszahlen doch hervor, daß die mecklenburgische Gewerbe-Inspektion völlig unzureichend ist. Denn von den 3888 revisionspflichtigen Betrieben mit 27.059 Arbeitern wurden nur 967 mit 17.758 Arbeitern kontrolliert. Die Sucht nach billigem Menschenfleisch teilen die mecklenburgischen Unternehmer mit ihren Kollegen in anderen Bundesstaaten. Der Bericht des Gewerbe-Inspektors muß uns konstatieren, daß die Zahl der Arbeiter in den über 18 Jahre alten sich um etwas über 5 Prozent vermehrt hat; die Zahl der jugendlichen Arbeiter hat gar eine Zunahme um 15 Prozent erfahren. Eine Forderung der Lebenshaltung der mecklenburgischen Arbeiter kann der Gewerbe-Inspektor nicht konstatieren, vielmehr führt er aus, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sich gegen das Vorjahr wenig geändert hat“. Die junckerliche Finanzreform quittiert der Bericht mit diesen Sellen: „In der Baarrendindustrie hat die neue Steuer in einigen Fällen zur Kürzung der Arbeitszeit, Entlassung oder völligen Aufgabe der meist wenig umfangreichen Betriebe beigetragen.“

Das Arzgericht. Die Hauptverhandlung gegen Hartz Jatho vor dem Spruchkollegium findet am Freitag, im Dienstgebäude des evangelischen Oberkirchenrats in Berlin statt. Die Verteidigung Jathos haben Professor Baumgarten-Riel und Hartz Krauß-Vormund übernommen. Die Verhandlungen finden vor einer beschränkten Öffentlichkeit statt: einer Anzahl „besonders interessierter“ Persönlichkeiten ist der Zutritt gestattet worden, während die Presse, selbst theologische Faktoren, ausgeschlossen ist.

Unfall eines Reichstagskandidaten. Der konservative Reichstagskandidat für den 21. sächsischen Wahlkreis Wna Bergberg-Ebenstock, Gärtnerbesitzer Gabriel, kam am Mittwoch in dem Verammlungslokal, in dem er eine Rede gehalten hatte, zu Fall und starb kurze Zeit darauf an inneren Verletzungen.

Ausland.

Niedergelegtes Mandat. Der in Drohobicz gewählte Abg. Dr. Löwenstein hat infolge der dortigen blutigen Erzeße gelegentlich der Hauptwahl sein Mandat niedergelegt. Inzwischen haben diese Wahlen weitere Todesopfer gefordert und betragen, da von den im Krankenhaus untergebrachten Schwerverletzten im Laufe des gestrigen Tages noch zwei gestorben sind, nunmehr 24. In demselben Krankenhaus sind nun noch 22 Schwerverletzte untergebracht. Von diesen ringen vier mit dem Tode und werden den heutigen Tag kaum überleben.

Erfolg der Anhänger des Verhältniswahl-Systems. Die Anhänger des Verhältniswahl-Systems haben in der Kammer einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Mit 118 Stimmen Majorität sprach sich die Kammer gestern nach ziemlich lebhafter Debatte dafür aus, daß das gegenwärtig geltende Hauptwahlprinzip: „Für die Wahl eines Kandidaten entscheidet unter allen Umständen die Stimmenmehrheit“ in dieser Rücksichtslosigkeit gegen die Minorität nicht mehr aufrecht erhalten werden könne.

Aus dem französischen Ministerrat. Im Ministerrat berichtete der Kriegsminister, General Goira, u. a. über die Situation in Marokko. Die Organisation der Armees des Sultans ist im besten Gange und wird fortgesetzt. Zwischen Fez und Casablanca funktioniert jetzt ein regelmäßiger Dienst drahtloser Telegraphie. — Der Ministerrat beschäftigte sich ferner mit dem Verbot des Koalitionsrechts der Eisenbahnarbeiter und der Wiedereinstellung der Teilnehmer an dem letzten Eisenbahnerausstande. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat eine Vorlage für das Parlament vorbereitet zur Regelung des Disziplinärverfahrens für Eisenbahnarbeiter. Es sollen Disziplinärgerichte eingerichtet werden, in denen die Arbeiter vertreten sind, während bisher die Direktionen der Eisenbahngesellschaften das unbedingte Disziplinarrecht besaßen. Andererseits wird die Regierung heute Nachmittag der Kommission für Justizreform mitteilen, daß sie die von Irland eingebrachte Vorlage zur Bestrafung der Sabotage wieder aufnehmen.

Die Änderung in der amerikanischen Trufwirtschaft. Das Bundeskreisgericht in Wilmington (Delaware) verhängte die Auflösung des Pulvertruf, gibt aber reichlich Zeit, denselben auf geschäftiger Basis zu organisieren. Die Anklagebehörde untersucht die behauptete Gewährung von Vorzugstarifen für den Stahltruf auf einigen großen Eisenbahnen.

Aus Oberschlesien.

Der Wahlstimmwechsel beginnt.

Die Zentrumspreste wird durch die Bekanntgabe von Kandidaturen der gegnerischen Seite sehr verlegen. Während die „Oberschlesische Zeitung“ mit Rücksicht auf die Kandidatur Sozialist schreibt, daß es besser fürs Zentrum gewesen wäre, wenn an Stelle des Amtsrichters Goebel im Kreise Kattowitzer-Jahrge ein dem Arbeiterstande näher stehender Kandidat genommen würde, sagt der „Königsbutter Kurier“ gerade das Gegenteil. Er widerspricht und sagt, daß Herr Goebels Kandidatur den Wünschen der Arbeiter genügend entspricht. Dagegen treffe der Schwand der „Oberschlesischen Zeitung“ für den Kreis Weiden-Larnowitz zu, in welchem der Graf Penckel von Donnersmarck als Kandidat nominiert sei. Da nach der politischen Konstellation im ober-schlesischen Zentrumslager das Geschick dieser Zentrumsblätter von wenig Einfluß ist, weil ihre Existenz mehr oder weniger vom Industriekapital abhängig ist, so werden auch deren Wünsche nach dem Rezept, den Daumen aufs Auge, berücksichtigt. Aber die Zentrumspreste hat die eine Verpflichtung, von den Kandidaten nur Gutes zu schreiben. So berichtet nun die ober-schlesische Zentrumspreste über eine „räthmenswerte Vertätigung“ des Erbgrafen Guido Penckel v. Donnersmarck. Demnach hat sich der Graf in eigener Person, bei einem Brande in einem Dorfe Ruslans hervorragend betätigt und das Kommando über die Feuerwehrein persönlich geleitet. Gewiß ist die Tat des Herrn Grafen anerkennenswert, wenn die Zentrumspreste sie nur nicht für Agitationszwecke ausschütten möchte. Sie schreibt nämlich am Schluß: Darnach scheint der Erbgraf nicht nur Trachtenfeste zu feiern, sondern er stellt auch zu Zeiten der Gefahr seinen Mann ohne zu fragen, ob deutsch oder polnisch.

Wir wissen nicht, ob die Zentrumspreste glaubt, daß noch Arbeiter auf diesen ausgeworfenen Röder ansetzen werden. Wünschenswert wäre nur, daß die Zentrumspreste bei gleichen Vorkommnissen, wo die Arbeiter in den Unternehmungen des Herrn Erbgrafen ihren Mann auf dem Schlachtfelde der Arbeit stellen, ebenso objektiv berichten würde.

Konstadt 28. Juni. Das Ende des Maurerstreiks. Auf einem schönen Erfolg dürfen die Maurer und Banarbeiter zurückblicken. Am 21. d. Mts. fanden die Verhandlungen in den Bureauräumen des Maurermeisters Gabriel statt. Beteiligt waren daran der Vorsitzende des Arbeiterbundes, Herr Wolffram aus Breslau, sämtliche Maurermeister und Zimmermeister aus Konstadt OS., und Maurermeister und Bauarbeiter aus Dilsch-Maschwitz hiesigen Kreises, Gauketter Richter aus Breslau und Maurer Guch aus hier vom Zentralverbande der Bauarbeiter und Herr Golla aus Kattowitz. Inwie die Maurer nach mehr als dreistündiger Verhandlung gelang es endlich, folgenden Tarif abzuschließen: Vom 20. Juni 1911 ab erhalten Maurer- und Zimmermeister einen Stundenlohn von 33 Pfg. — bisher 23 — 30 Pfg. — bis zum 31. März 1912; vom 1. April 1912 — 31. März 1913 jedoch einen solchen von 35 Pfennigen. Dieser Erfolg ist die Frucht eines zweiwöchentlichen Kampfes bei dem beide Richtungen fest zusammenstanden. Möge man sich hieran auch in anderen Berufen ein Beispiel nehmen.

Weiden OS., 28. Juni. Promte Erziehung. Auf dem Kaiserberg, 23. Juni. Von der Erziehung. Auf dem Kaiserberg, 23. Juni. Von der Erziehung. Auf dem Kaiserberg, 23. Juni. Von der Erziehung.

Kattowitz, 28. Juni. Auf was dem Zentrum in der Schule ankommt, beweist eine Note in der „Kattowitzer Zeitung“. Der von dem Industrie-Zentrum unterstützte katholische Presse- und Kolportage-Verein unterstützt neben der Zentrumspreste eine Reihe beliebiger Kolportage, um unter allen Umständen die schwarzen Produkte an den Mann zu bringen. So hat ein ober-schlesischer Hauptlehrer ganze Erziehungsschriften an die Schulkinder verteilten lassen. Wie würden

die Zentrumsblätter nach dem Staatsanwalt fragen, wenn annähernd das Gleiche von Sozialdemokraten unternommen würde? Zentrums-Blätter tragen bekanntlich nicht zur politischen Vererbung der Jugend bei.

Salenze, 28. Juni. Ueberfall. Als der Aufseher Gregor Ruggulla seiner Wohnung entging, wurde unterwegs von dem Ziegeleiarbeiter Franz Kadoski anfallen. Es kam zu einem Wortwechsel, der bald zu Tätlichkeiten ausartete. Radoski zog sein Taschenmesser und stieß es Ruggulla mit solcher Gewalt in den Unterleib, daß ihm sofort die Därme herausstraten. Der Schwerverletzte wurde nach dem Kattowitzer Knappschafts-Lazarett gebracht, wo er an den Folgen der Verletzung gestorben ist. Radoski ist bald nach der Verhaftung worden.

Rydzowiz, 28. Juni. Ausgehobene Falschmünzer-Verklagt. In Lavet bei Krasow wurde vom Warsauerwachmeister Peter Rzydzowiz eine Falschmünzerei aufgefunden. Es handelt sich allem Anscheine nach um böhmisches Falschmünzergewerbe, die in der letzten Zeit das russisch-österröische Grenzgebiet mit falschen Ein-, Zwei- und Fünfschillingen überschwemmen. Die Grubenarbeiter Gebrüder Robert und Wilhelm Masas und ihre Komplize Levetin hatten wiederholte Kinder mit Falschsilbten in Kausläden beschickt, um Waren einzukaufen. Eine Durchsuchung in ihrer Wohnung förderte große Mengen Zink und Kupfer zutage. Es scheinen noch mehrere andere Burschen in die Angelegenheit verwickelt zu sein.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Dorf. — Redaktion und Expedition: R. Gumpelstr. 7. — Verlag von Oskar Schöls. — Druck von Th. Schatz & Co. in Breslau. — sämtlich in Breslau.



Am 21. dieses Monats verschied plötzlich nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unerwartet meine liebe, gute Frau, unsers herzensguten Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Gertrud Brix, geb. Konietzny
im blühenden Alter von 53 Jahren 11 Monaten.
Dies zeigen diebstäblich an

Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonntag, den 25. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Barbara nach Cosel. 3852

Paraden-Verein der Klempnergeseßen zu Breslau.
Am 21. d. Mts. verstarb plötzlich und unerwartet an Gehirnschlag unser werter Mitglied,

Frau Gertrud Brix
geb. Konietzny
im Alter von fast 54 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand. I. A.: Emil Ziegler.
Beerdigung: Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des evangel. Friedhofes „St. Barbara“ in Cosel. 3815

Am 20. Juni entschlief nach längerem Leiden die Frau unseres Redaktors

Selma Kirsch, geb. Maiwald
im Alter von 61 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand der Ortsabteilung der Arbeiter zu Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Oderstrasse 12, nach Gräböchen. 3816

Am 21. d. Mts. verschied nach kurzem Leiden unser Mitglied, der Arbeiter

Ernst Werner
im Alter von 47 Jahren.
Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.
Beerdigung: Sonntag, mittag 1 Uhr, von der Leichenhalle St. Salvator, Ende Leobstrasse. 3820

Freie Religionsgemeinde E. V. Das Haus Nr. 34
(Casse bei Breslau) mit Gottesdienst und Statuen, im Stadtwirtschafts oberes Bauereimann geeignet.
Frau Annet Liebntzky ist zu verkaufen. 3805

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 2 Uhr, nach dem Friedhof Bunzlauer Strasse. — Trauerhause: Ring, Topferkram 12. Der Vorstand. 3805

Das Haus Nr. 34 ist zu verkaufen. 3805

Knappe's Etablissement, Popeltwitzstr. 15-19.
Montag, den 10. Juli 1911; 3810

Gr. Sommer- u. Kinderfest
veranstaltet von Vorstand L. Schuler, Schriftführer u. Wobanleiter Rudolph (Eckstein)
Gr. Sommer- u. Kinderfest
Ordnungswaltung: Dr. Fritz; Dirigent: Willy Schumann. — Von 6 Uhr ab: Orchesterkonzert, Liedersingen, Wettbewerbe u. Besondere kleine. Der Mittelfest Gr. Laupier-Baum bei dem. Teilnahme. 3808

Programm 18. Juli. Abends um 10 Uhr (nach 10 Uhr). Bei anhaltendem Regen findet das Fest 3 Tage später statt. Die zahlreicher Beteiligung lobt die Göttergötter und Kollegen viele Gäste. 3808

„Bierquelle“ Gräben.
Bringe meine Lokalitäten nebst großem Schälraum, Markt- sowie Gesellschaftslokal mit selbstbedientem großem Decksaal. — Empfehle die Erinnerung. — Guts-Preise und Annehmlichkeiten. 3814
Richard Kienast.

Haar- u. Kuchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler. Kaufen Sie rasch und billig bei

Paul Hauschild Jr.
3105 Eisenwarenhandlung,
Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 102.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Juni.

Geschichtskalender.

24. Juni.

777 John Ross, Entdecker des magnetischen Nordpols.

Stadtverordnetenversammlung.

Würdevoll mit feierlichen Nachrufen für zwei verstorbene Mitglieder — die Stadtv. Woywode und Sachs — legten die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung gestern ein und mit erbitterten Debatten von persönlichem Hintergrunde schlossen sie ab. Zunächst wurden allerdings 20—30 Magistratsvorlagen debattiert und im Galoppschritt erledigt. Bei der Mietung einer Turnhalle des Vereins „Vorwärts“ für den Turnunterricht städtischer Schulkinder provozierte Herr Dr. Nitschke das erste kleine Intermezzo, weil im „Vorwärts“ zahlreiche Juden Mitglieder sind und bei der Bewilligung einer Summe für Schachspielpreise opponierte der Herr aus demselben Grunde. Er holte sich allerdings nicht viel Lorbeeren und mußte das antisemitische Geschäft vorläufig einstellen, nach dem Magistrat und aus der Verammlung verbindermaßen zugeführt war.

Die ausgiebigste und schärfste Debatte rief aber die Verhandlung über die Festhalle in Scheitnig hervor, für die der Magistrat jetzt den durch Zeichnungen und Erläuterungen spezifizierten Entwurf des Stadtbaurats Berg vorlegte und die Stadtverordnetenversammlung hat, der Errichtung dieser Halle nördlich des Grünacher Weges mit einem Aufwande von 1.900.000 Mark zuzustimmen. Stadtv. Tilgner begründete den Antrag im Namen des Ausschusses in sachkundiger Weise. Er hatte kaum geendet, da setzten die Sapperre ein, um Laufgräben und Minen gegen das geplante stolze Unternehmen zu legen. Zunächst ein königlicher Regierungsbaumeister a. D., der glaubhaft nachzuweisen vermochte, daß man vor hundert Jahren mit diesem Stoffe — Eisenbeton — und in diesen Maschinen ein derartiges Gebäude in Preußen noch nicht gebaut habe und der daraus den zwingenden Schluß zu ziehen den Mut hatte, daß ergo die Festhalle in dieser Form, mit diesem Material und in dieser Konstruktion nicht gebaut werden dürfe. Schon hier hatte der unbefangene Beobachter den Eindruck, wie zwei diametrale Tendenzen mit einander kämpften. Bauen wir die Hauslein recht nett und klein, dann stützen sie uns sicher nicht ein — argumentierte der altväterische Baumeister, mit fühnem Schwunge spannt hoch in die Lüfte seinen Bogen der Wagenmut des modernen Architekten. Und zwischen beiden soll der Spießer entscheiden? Erinnerte die Rede des ersten Gegners zwar stark ans Altertumsmuseum, so war sie doch nicht jeder Sachkunde bar. Jetzt handelte es sich aber noch darum, einen Mann ins Feld zu schicken, der von der Sache gar nichts verstand. Man glaubte allgemein, das würde Herr Carbovus besorgen, aber Stadtv. Dr. Wujasowski litt es nicht, daß man ihn dieses Ruhmes entbeide. Das Unschwerfliche ist seine Spezialmarke, da läßt er keinen anderen heran und seine Stellung gegen die Festhalle, deren Glaswände er mit faulen Wigen einwarf, verwunderte niemanden. Erstaunt war man höchstens darüber, wie ein Mann mit guter Erziehung und akademischer Bildung seine unmaßgebliche Meinung in so ungehobelter Weise und verletzender Form in die Arena sprudeln kann und es war ein grober Lapsum des Bürgermeisters Trentin, der in Berücksichtigung des politischen Hintergrundes der Sache die Frage aufwarf, ob Herr Wujasowski etwa neben Herrn Schütz und Löbe Platz genommen habe. Ist in seinen Augen die sozialdemokratische Fraktion vielleicht ein Paritäten-

kabinet, in das man politische Absurditäten und Monstrositäten hinterlegt? Der Vorwurf, die städtischen Angelegenheiten von einem unsachlichen Gesichtspunkte aus anzusehen, kann wohl den Sozialdemokraten zuletzt gemacht werden und wir verbitten uns ruhig aber energisch solche unerwünschte Zuweisungen, wie sie uns gestern Herr Trentin bescherte. Im übrigen nahm er gleich Herrn Stadtbaurat Berg in ruhiger, fester Form gegen die Angriffe Stellung und verteidigte das Projekt des Magistrats. Neben aus der Versammlung kamen nicht mehr an die Reihe, da ein Vertagungsantrag um 1/8 Uhr Annahme fand. Unter den sechs vorgemerkten Rednern befindet sich auch Genosse Schütz, es ist nicht ausgeschlossen, daß die weiteren Verhandlungen sich noch mehr zuspitzen. Denn es will uns schier bedünken, als schlummerte hinter der allgemeinen Pöhlsterabneigung gegen jede neue Tat auch ein gutes Quantum persönlicher Antipathie gegen die Schöpferkraft des jungen Künstlers, der sich erdreistet, über die Grenzen hinauszuwachen, die die alte Schule und das private Interesse dem Baumeister gezogen hat. Das Wort eines Stadtvaters: „Wir sind schon über manchen anderen Berg hinweggekommen“, spricht Bände — soll aber die Debatte zu einer Spoltheose von Beschränktheit und Geisteslosigkeit gegen das Neue werden, dann dürfen die Maulwürfe auf die Gegnerschaft aus einem Lager rechnen, wo man auch kräftig zubeißen kann. — Anfangs hatte man im Stadtparlament noch eine andere umfangreiche Debatte erwartet. Der Stadtverordnete Brinke und 30 andere Stadtverordnete, darunter die Sozialdemokraten, haben an den Magistrat das Gesuch gerichtet, der Erbauung eines Krematoriums nun recht bald näher treten zu wollen. Der Antrag kam aber gestern nicht zur Verlesung; er ist von Angehörigen aller Fraktionen mit Ausnahme des Zentrums unterzeichnet.

Der Magistrat schlägt vor, die neuerbaute Turnhalle des Turnvereins „Vorwärts“ auf zehn Jahre für jährlich 6000 Mark für städtisches Turnen zu mieten. Stadtv. Dr. Nitschke (konf.) beantragt die Ueberweisung dieser Vorlage an einen Ausschuss, da über die Höhe der Miete und die Dauer des Vertrages, wie über die Frage seiner Notwendigkeit eingehend gesprochen werden müsse. Stadtv. Glendorf (lib.): Alle diese Fragen, die Herr Nitschke aufwirft, sind schon in der Schulverwaltung geprüft worden, sodas im Schulauschuss auch nichts anderes herauskommen kann. Es ist sogar dankenswert, daß wir durch einen Verein in die Lage kommen, für einen verhältnismäßig niedrigen Preis eine zeitgemäße Turnhalle für den städtischen Turnunterricht zu erhalten. Stadtschulrat Dr. Sachs: Die Bedürfnisfrage für die Turnhalle ist zu bejahen, da mehr Turnunterricht, u. a. auch in den Fortbildungsschulen eingerichtet werden muß. Da wir nicht genügend eigene Turnhallen haben, können wir froh sein, daß wir auf 10 Jahre die Halle eines Vereins mieten können. Stadtv. Nitschke (konf.): Was in der Schuldeputation für die Annahme gesagt wurde, kann für die Stadtverordnetenversammlung nicht maßgebend sein. Außerdem ist Herr Dr. Sachs als Vorsitzender des Turnvereins „Vorwärts“ etwas persönlich interessiert. Bürgermeister Trentin: Ich möchte mit dem Vorwurf des Herrn Nitschke entgegenreten, daß Herr Sachs das Wort ergriffen hat, weil er persönlich interessiert ist. Stadtschulrat Dr. Sachs: Ich würde für diese Vorlage mit derselben Wärme eingetreten sein, wenn ich nicht Vorsitzender des Turnvereins „Vorwärts“ wäre, weil mir daran liegt, daß das Turnen in Breslau noch mehr gepflegt wird. Stadtv. Töplitz als Referent tritt nochmals für die Mietung der Halle ein, die wir dringend brauchen. Darüber hinaus sei es freilich nötig, daß noch viel neue Turnhallen gebaut werden. Der Antrag des Stadtv. Nitschke, die Vorlage dem Schulauschuss zu überweisen, wird abgelehnt und darauf die Magistratsvorlage angenommen. Zu einer Ausstellung für Lehrlingsarbeiten will der Magistrat der hiesigen Schneider-Innung eine Beihilfe von 200 Mk. geben.

Stadtv. Dr. Nitschke (konf.): Ich bin damit nicht ganz einverstanden, daß nur dieser Beitrag bewilligt wird. Wenn mehr gebraucht wird, sollte mehr gegeben werden. Zum Beispiel schlägt der Magistrat für den Schachbund eine größere Summe vor. Ich möchte wissen, nach welchen Grundsätzen der Magistrat bei solchen Geluchen verfährt. Bekommen nur die Leute etwas, die da betteln oder alle. Es müßten doch besondere Grundsätze maßgebend sein. Es kommt an den Magistrat auch eine ganze Menge Einladungen wegen Bezeichnung von Tagungen. Da möchte ich doch wissen, welche Grundsätze vorliegen. Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband ist vom Magistrat nicht beachtet worden, obwohl er eine große wirtschaftliche Bedeutung hat.

Bürgermeister Trentin: Ich habe das Gefühl, hinter den Fragen steht mehr als die Neugierde. Sie werden uns Recht geben, daß wir Verbänden und Vereinen, die uns nichts anhaben, keine Unterstützung geben. Wenn wir für den Schachbund etwas geben, so handelt es sich dabei um die Vergütung von Ehrenpreisen. Es sind 4000 Mk. beantragt worden, wir schlagen aber nur 1500 Mark als angemessen vor. Wegen des Beluches von Versammlungen bitte ich, daß wir uns grundsätzlich fernhalten von politischen und religiösen Vereinen. Wir halten den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband für politisch, weshalb wir ihn nicht bezeichnen. Gewiß ist der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband ein großer Verband, aber dann müßten wir andere Parteiversammlungen auch besuchen.

Der Vorsitzende bemerkt gegenüber Herrn Nitschke, daß der Stadtv. Nitschke die Stadtverordneten-Versammlung auf dem deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandstage vertreten hat. Stadtv. Löbe: Wir haben stets gegen solche Ausgaben gestimmt und werden das auch heute tun, wundern uns aber über den plötzlichen Meinungsumschwung, der bei Herrn Dr. Nitschke eingetreten ist, weil zufällig gerade die Juden dem „Schachspiel“ stark huldigen. (Große Heiterkeit.) Er konnte doch die kühnliche Gabe an die Schneiderinnung viel besser mit den Spenden für Zuckerbarone und Eisenkönige vergleichen, aber für diese Spenden hat er selber gestimmt. Hoffentlich ist seine heutige Ablehnung der Infanz zur Besserung. (Heiterkeit.) Wenn Herr Dr. Nitschke auch politische Vereinigungen wie den antientimlichen Handlungsgehilfentag besucht haben will, wird er hoffentlich auch beantragen, den nächsten sozialdemokratischen Parteitag, der in Breslau tagen wird, vom Magistrat begrüßt zu lassen. (Heiterkeit.)

Stadtv. Nitschke (konf.): Ich habe nicht gegen die Bezeichnung solcher Verbandstage gesprochen. Deswegen wird auch Herr Löbe von mir keine Besserung erwarten können. (Heiterkeit.) Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfe mag in manchen Dingen eine feste Stellung einnehmen, aber einer bestimmten politischen Partei gehört er nicht an. Sämtliche Abgeordnete Schlesiens, selbstverständlich abgesehen von den Sozialdemokraten, hat dieser Verband zu seiner Tagung eingeladen. Es wäre für manchen jüngerem Herrn im Magistrat sehr angebracht gemessen, den Verhandlungen des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes beizuwohnen. Schon der alte Panjastadt Breslau hätte es entsprochen, diesen Verbandstag zu bezeichnen. (Heiterkeit.)

Bürgermeister Trentin: Für den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband passen die hohen Töne der Stadtverordneten nicht. Gewiß, wir können auf dem Verbandstage der Handlungsgehilfen wie in manchen anderen Vereinen allerlei lernen; aber von diesem Gesichtspunkte aus können wir uns bei der Bezeichnung nicht bestimmen lassen.

Stadtv. Kaufmann (lib.): Die große Mehrheit von uns ist der Meinung, daß es sich um einen politischen Verein handelt; deshalb kann für uns nur das angebracht sein, was wir bisher getan haben.

Stadtv. Wolff (lib.): Ich stimme Herrn Stadtverordneten Kaufmann bei. Dabei ist noch zu sagen, daß der Verband unter falscher Flagge segelte, indem er sich Handlungsgehilfentag nannte, ohne dazu berechtigt zu sein.

Stadtv. Feilberg (lib.): Auch mich hat man zum „Handlungsgehilfentag“ eingeladen, bin freilich nicht gegangen. Es wird aber dabei zu erwägen sein, ob nicht die Stadtverordneten-Versammlung die Einladungen von Verbänden und Vereinen ebenso zu behandeln hat, wie der Magistrat. (Sehr richtig.) Es wird dann über den

Bau der Festhalle

auf dem alten Rennplatz in Scheitnig verhandelt. Stadtv. Tilgner (lib.) als Referent spricht für den Bau der Festhalle nach dem Vortrage des Ausschusses, der den ganzen Bauplan für zweckmäßig hält. Neben geht auf die Bauausführung im einzelnen ein und empfiehlt den Ausschussantrag.

Konzert.

Beethoven-Abend der Festwoche. Am Donnerstag 1/2 Uhr fand im großen Saale des Konzerthauses das erste Beethoven gewidmete Festkonzert unter sehr reicher Beteiligung der hiesigen Musikfreunde statt. Nach der Eroica-Sinfonie betrat ein stets gern gesehener Gast das Podium, von lebhaftem Applaus empfangen. Herr Dr. Ludwig Wüllner verdient den aufrichtigsten Dank für die Vorführung des überaus selten gehörten Liederkreises „An die ernannte Geliebte“. Beethoven, der alle anderen Kunstformen mit gewaltiger Kühnheit sprengte, ist gerade im Liede im Geiste seiner Zeit geblieben, ja hat sogar gelegentlich auf die Vergangenheit zurückgegriffen. Erst Schubert hat vollendet, was Beethoven nur flüchtig begonnen. Von dem schnell populär gewordenen Liede „Adelaide“ abgesehen, bildet der oben erwähnte Liederzyklus den Höhepunkt von Beethovens Schaffen auf diesem Gebiete. Ganz besonders geschätzt war diese Serie von Franz Liszt, unter dessen Klavierbegleitung der Opernsänger Herr, der Vater der hier lebenden Gesanglehrerin Marianne Erl, im Jahre 1845 damit große Triumphe feierte. Heute mutet uns die ziemlich schematische Arbeit eigenartig an und der stark verropfte Schluß will uns gar nicht mehr munden, aber dennoch genießen wir dieses Werk mit einer gewissen Ehrfurcht vor dem Genius, der auf anderen Gebieten Gewaltiges schuf, als einen Denkstein längst entschwundener — besserer — Zeiten. Herr Dr. Wüllner trug diese Liederfolge sowie noch drei bekannte Gesänge mit der ganzen Innigkeit vor, die ihn trotz seiner stimmlichen Mängel in die erste Reihe der Liedesänger stellt. Der fürnische Beifall, der seinen Vorträgen folgte und an welchem die vorzügliche Klavierbegleitung des Herrn Prof. Dr. Dohren vollen Anteil hat, veranlaßt den Künstler zu einer Zugabe: „Der Ruf“. — Ein zweiter Gast, Herr Professor Arnold Rose aus Wien, beehrte uns zum ersten Male mit seiner Anwesenheit, um sich sofort in die Reihen seiner Zuhörer hineinzuspielen. Das Violinkonzert des Meisters ist hier seit langer Zeit nicht mit solch eindringlicher Schlichtheit und Schönheit gehört worden; jedes weitere Lob ist überflüssig. Den Schluß des Konzerts bildete die Leonoren-Ouvertüre Nr. 3. S. W.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der große rote Fleck des Jupiter. Der größte der Planeten, der jetzt jeden Abend prächtig am südöstlichen Himmel erscheint und später bis zum September der Abendstern werden wird, bietet sich jetzt der Beobachtung der Astronomen besonders

günstig dar. Er wird noch einige Zeit die ganze Nacht hindurch zu verfolgen sein. Das Gestirn, das die Erde an Umfang 1300 Mal und an Masse 310 Mal übertrifft, ist von einer ganz eigentümlichen Atmosphäre umgeben, in der sich zwar große Umwälzungen vollziehen, aber doch bestimmte Zonen dem Äquator parallel verlaufend zu unterscheiden sind. Außerdem machen sich Flecken bemerkbar, die zum Teil eine auffällige Dauer besitzen. Unter ihnen ist der berühmteste und beständigste der sogenannte große rote Fleck, der sich zwischen dem 25. und 30. Breitengrade der südlichen Jupiterhalbkugel in einer Länge von etwa 42.000 und einer Breite von 15.000 Kilometern ausdehnt. Auf die Erde übertragen, würde dieser Fleck also mehr als einmal um den ganzen Umfang unseres Weltkreises herumreichen und ihn fast ganz einhüllen. Man würde glauben dürfen, daß dieser Fleck ein Loch in der Atmosphäre des Jupiter bedeutet, durch das man auf seine eigentliche Oberfläche hindurchsieht. Dem widerspricht aber der Umstand, daß die Bewegung des Fleckens ganz gleichförmig erfolgt. Man müßte also zum mindesten annehmen, daß dies Loch in der Atmosphäre, dessen Bestand überhaupt schwer zu erklären wäre, sich im Laufe der Zeit verjüngt. Der bekannte Astronom Antoniadi hat in der Zeitschrift „Astronomie“ die Meinung geäußert, dieser rote Fleck sei das erste, noch in der Bildung begriffene Festland, das auf der sonst noch flüssigen Oberfläche des Jupiter sich ausgebreitet habe. Wahrscheinlich schwammen auch die ersten Festländer der Erde auf einer feurigflüssigen Masse.

Aus aller Welt.

Der Tyrann. Ludwig Thoma veröffentlicht in der „Frankf. Zeitung“ folgende Charakterstudie des Münchener Symphoniekonzerts und Landtagspräsidenten Otterer: In München ist er seit vielen Jahren eine komische Figur. Als ihm seinerzeit die Kunststudierenden eine Raketenmütze gebracht hatten, erzählte man sich lachend, daß der grimmiige Tyrann des Parlaments und der Schule in das Kostüm seiner Schwiegermutter geschlüpft war, um sein Leben von den vermeintlichen Gefahren zu retten. Vielleicht ist das Erfindung, aber jedermann hat es dem Ritter Georg v. Otterer zugehört. Die kleinen Leute bleiben auf der Straße stehen und blicken sich lustig zu, wenn der nunmehrige Kammerpräsident einherwandelt. Auch an warmen Tagen trägt er einen Pelzpelzmantel; das Haupt ist majestätisch erhoben; unter dem großen Zylinderhut schaut ein grämlich verzogenes Gesicht ungläubig hochmütig jeden Begegnenden an: Weißt du, wer ich bin? Alle wissen es und lachen.

Aber wehe dem kleinen Angestellten, dem Dreifüßler oder Schaffner, der seiner Hoheit dem Kammerpräsidenten nicht dezent genug entgegentritt! Dann bricht die wilde Trannennatur durch. Dieser staatslich behobete Sünder ist ja abhängig und kann getriekt und geprügelt und durch ein Trohwort an den Minister vernichtet werden. Der Pädagoges brüllt ihn an und beschimpft ihn. An der Peripherie im Zentralbahnhof hat er einem Schaffner gräßliche Namen gegeben, weil der Unselige von ihm, dem freifahrberechtigten Herrscher, Vorzeigung der Fahrkarte verlangt hatte. Die bäuerlichen Zentrumsgesandten fürchten und hassen ihn. Er erwidert ihnen Gruß nicht und — jeder Zoll ein Tierbändiger, spritzt er, durchbohrenden Auges die scheuen Parlamentarier anblickend, an ihnen vorüber. Es ist keine Erfindung des Abgeordneten Josef Filler*, daß der Kammerpräsident die agrarischen Elemente mit ausgefuchter Strenge behandelt. Und daß er das Klopfpapier durch einen Ullas aus dem ihnen angewiesenen Vertikal entfernen und durch ultranationalen Zeitungspapier ersetzen ließ. Der Gedanke, daß die Filler, Nannal und Salzvermörer die gleichen Ervingenschaften der Neuzeit benützen sollten wie er, war dem Senker der bayerischen Geschichte einfach unerträglich. Auch bestand er mit Festigkeit und Hoheit darauf, daß das Radnettlein der russisch weit entfernt von dem feintigen Idge, damit keine Schwäche seines göttlichen Wesens von dem Viebs bemerkt werden könne. Man sieht, Otterer ist eine Imperatoren-Natur. Seine Herrschsucht brüllt sich auch deutlich in seiner Stimme aus. Sie klingt barock, unhöflich, beschließend. Sie ist von einer ganz bestimmten Nuance des Befehlsbaberischen; nicht schmeichelnd, kriegerisch, sondern dumpf und drohend, die Stimme des ins Klassenzimmer eintretenden Schulgottes. Sie klingt, wie wenn ein Mann durch ein langes Ofenrohr hindurch schrie, oder wie wenn ein Knabe in eine Gießkanne seine übermäßigen Kräfte erdienen ließe. Diese Stimme ist keine Modulation fähig, ist nie verbindlich, angenehm oder bezaubernd. Eine Rede zu Ehren des Prinzregenten mußte der ferner Stehende für eine von John erfüllte Bemerkungpaße haben. Das ist also das Magisterlein, von dem jetzt wieder so nette Weniglichkeiten erzählt werden.

* Von Thoma geschaffene Figur eines ländlichen Zentrumsmannes.

Wasserfrage (N. 1): Ich habe von Vordereim gegen die Konstruktion des Baues die größten Bedenken gehabt. Wirtschaftlich haben wir eine Fläche, die garnicht ausgenutzt wird. Architektonisch ist die mächtige Halle gewiss von großem Eindruck; aber wenn man streng urteilt, muß man sagen, daß die klobigen, flachen Betonbalken schlecht wirken. Von der Kuppel sehen wir nichts als die Rippen, die das Auge beunruhigen. Das Neupfer der Architektur ist unten das Ansehen eines Galometers und oben erscheint uns das Ganze als eine Wiederholung von Duschschleifen. Die Konstruktion zeigt mächtige Wogen, an die sich zum Teil noch Lasten anhängen. Ich will annehmen, daß das alles berücksichtigt und bedacht worden ist. Der Baugrund soll vorzüglich sein, aber meine schmerzlichen Bedenken kann ich nicht unterdrücken. Ferner das Material. Man schwärmt ja jetzt viel für den Eisenbeton, der sicher bei mäßigen Spannweiten sehr angebracht ist. Jedoch bei dieser freien Halle mit den starken Witterungseinflüssen muß man mit dem Material sehr vorsichtig sein, da es sich bedeutend bewegt. Aus allen diesen Gründen kann ich Sie nur bitten, den Bau abzulehnen.

Stadt. Bauatmosphäre (N. 2): Wer den Vortrag des Stadtbaurats Berg gehört hat, der muß auf den zoologischen Garten zurückgehen, für den ein großes Wirtschaftsgebäude sehr nötig ist. Damit würden wir aber auch allen anderen Ansprüchen voll genügen und können uns die ungeheure Festhalle ersparen, die wir 1918 zur Ausstellung nicht unbedingt brauchen. Die Halle würde Wochen und Monate leer stehen, viel Kosten und Hinnen fressen. Dazu kommt, daß wir das Geld besser zu anderen Sachen verwenden. Die Zeit des Aufschubes ist noch nicht gekommen, weshalb ein großer Teil der Bürgerschaft unter den Steuern leidet. Darum haben wir uns zu beschließen und nicht utopische Pläne in die Welt setzen. Aber abgesehen von meiner grundsätzlichen Stellung gegen die Halle muß ich sagen, daß wir einen Bau bekommen, der nicht schön ist und viel mehr noch kostet, als angenommen wird. Außerdem soll man nicht einem Manne folgen, der sich in seinen Plan verhasst hat, sondern den Bau ausschreiben, damit ein großer Teil der Künstler seine Pläne einreichen kann. Ich glaube, daß alle eingehenden Projekte das des Herrn Berg übertreffen werden. Wir haben den Sprung ins Dunkle nicht zu wagen, denn man weiß nicht, ob nicht die Halle, wenn sie fertig ist, zusammenbricht.

Bürgermeister Trenka: Die Stadtbauverwaltung hat doch grundsätzlich die Errichtung der Halle beschlossen. Als ich Herrn Julakowsky hörte, sah ich mich immer um, wo er sitzt und dachte, er wäre bei Herrn Schütz. (Lächeln bei den Saz.) Wir können uns doch nicht über die Tatsache hinwegsetzen, daß wir 1918 eine Halle brauchen, und früher ist auch in der Stadtbauverwaltung-Verammlung oft gesagt worden, daß wir eine Halle bauen müssen. Die Unterhaltung der Halle ist nicht so teuer, wie Herr Julakowsky meint. Wo haben Sie die Möglichkeit, etwas zu leisten, was allen gefällt? Herr Julakowsky hat den Plan des Herrn Stadtbaurats als so ungeheuerlich hingestellt. Wie gefällt der Plan und Herr Stadtbaurat hätte, zumal da der Schöpfer des Projekts unter uns ist, in der Verteilung etwas zarten sein können. Mit Worten, daß wir eine Gussstahlgasse bauen, kann man alle Bauwerke tot machen. Wollen Sie grundsätzlich ablehnen, so steht das bei Ihnen. Geben wir aber die Halle auf, dann geben wir sie für alle Zeiten auf. Breslau als Vertriebsstätten für Konstruktionsbauten zu bezeichnen, das geht doch nicht. Wenn sich Breslau einmal rührt, dann bröckelt man zerbröckelt. Die Garantie übernehmen wir alle, die wir beschließen, aber maßgebend ist vor allem, daß sich Bestimmen für den Bau verbürgen.

Stadtbaurat Berg: Ich will auf die Kritik meiner Kenntnisse und Fähigkeiten nicht eingehen. Wenn ich wüßte, daß die Kritik des Herrn Julakowsky von der Mehrheit geteilt wird, dann würde ich mein Amt sofort niederlegen. Die Wirtschaftlichkeit der Halle ist bestimmt gesichert. Mit der Erweiterung des zoologischen Gartens hat die Halle nichts zu tun, höchstens insofern, als ihre Lage bestimmt wird. Herr Brühl sagt, die Grundfläche wird nicht ausgenutzt. Das ist ja gerade das Wichtigste, daß für Ausstellungswecke eine bedeutende Grundfläche da sein muß. In Frankfurt, wo man viel Lagen in die Höhe baute, hat man dadurch den Ausstellungsraum herabgesetzt. Es wird auch ein Vergleichsobjekt vermehrt. Wir haben aber Frankfurt und wollen die Fehler vermeiden, die dort gemacht wurden. Wir wollen vor allem einen Zweckbau, der durchaus erreicht wird. Ich und andere Architekten stehen auf dem Standpunkt, daß ein solcher Bau nicht mit allerhand Hierat versehen werden darf, den jede Ausstellung selbst anbringen kann. Bei modernen Bauten soll in erster Reihe die gewählte Form wirken, wie zum Beispiel bei den Wohnhäusern. Die konstruktiven Bedenken treffen nicht zu; wäre es umgekehrt, so dürften wir überhaupt nicht bauen. In meinem Projekt haben Ingenieure und Architekten von der Technischen Hochschule gearbeitet, und alle haben erklärt, daß wir einen ausführbaren Bau beschließen. Der Baugrund ist sehr gut, die Belastung ist geringer als sonst, denn wir waren sehr vorsichtig. Die Spannweiten sind gewiß bedeutend. Die alten Häuser aber haben schon ohne Eisen und Beton Spannweiten von 42 Meter Spannweite im Rahmen ausgeführt. Und heute sollten wir einen Kuppelbau von 65 Metern nicht errichten können?

Das ist doch nicht ernst zu nehmen, der Bau ist durchaus sicher und es steht nichts zu befürchten. Ich will hoffen, daß die Halle billiger wird, als wir annehmen; aber das läßt sich jetzt noch nicht bestimmen. Dagegen werden wir zweifellos den Kostenanschlag nicht überschreiten. Nehmen Sie die Halle ab, so kann die Ausstellung im Jahre 1918 nicht sein. **Stadt. Peißberg (N. 3):** beantragt, die Verhandlungen über die Vorlage zu verlagern, denn es seien noch sechs Redner eingezeichnet, die doch alle zu Worte kommen sollen. **Stadt. Herrschel** wendet sich gegen den Verlagsantrag. **Stadt. verordneter Schönlender (N. 4):** ist für die Verlagerung, die darauf mit großer Mehrheit beschlossen wird.

Es wurden dann noch mehr als 20 Vorlagen ohne Debatte angenommen. Zu erwähnen ist:
Verkauf von Parzellen der Grundstücke Kaiserstraße 12 und 14 für 32.100 Mark an die Lutherkirchengemeinde zur Errichtung eines Gemeindeparkes.
Ankauf der Grundstücke Kupferschmiedestraße 53 und 54 für 42.000 Mark und des Grundstückes Franzfurter Straße 209 a für 25.000 Mark.
Anschluß Gräbchens an die Kanalisation durch Kanalverlegung der Gräbchener Chaussee für 103.000 Mark.
Verlagerung der Einrichtung eines Stadtschulbuches, bis die Räume des Magdalenen-Gymnasiums dafür zur Verfügung stehen werden.
Herstellung eines großen Spielplatzes an der Verlängerung der Auenstraße für 2600 Mark.

Anpflanzung einer Sammlung seltener Gehölze auf Grünfelder Land im Anschluß an die Schützinger Parkanlagen unter Mitverwendung einer auf 2500 Mark angewiesenen Stiftung der Erben des verstorbenen Apothekers Bühm.
Umbau der Feuerwache Promnitzstraße 67 in ein Mar. Stalldepot nach einem Kostenanschlag von 2600 Mark.
Herstellung des Nachmittagsplans für eine südliche Seitenstraße der Wardeinerstraße.
Entscheidung von Patzellen, die zur Anlage der Plattenstraße zwischen Stern- und Michaelisstraße erforderlich sind.
Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für die kaufmännische Fortbildungsschule Lothckenstraße 29 für 360 Mark.
Es wurde nach dem Antrage des Stadtb. Hamburger und 16 anderer Stadtb. beschlossen, die Betriebsdeputation zu bevollmächtigen, die Anlagen von elektrischem Strom in größeren Mengen von mindestens 5000 Watt an, zu niedrigeren als dem im Tarif festgesetzten Preisen abzugeben.

Zur Vorbereitung an Ausschüsse wurden folgende Vorlagen überwiesen: Abänderung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wildenbruch, Lobe- und Jobenstraße, Anlage der Auguststraße zwischen Lobe- und Braunerstraße und der Gabelstraße zwischen Lobe- und Jobenstraße, Nachtrag III zur Hauptverkehrsordnung, Abänderung der Bauvorschriften für einen Teil der Grünstraße, Erhebung einer Gebühr für Anschluß von Grundstücken an die Schwammkanalisation, Verkauf des Nachbargrundstückes der Knopfmühle für 27.000 Mark.
Eine längere Debatte entwickelte sich über die Räume in der Herdenheilanstalt, die der Magistrat befristet haben wollte, während sich der Ausschuss nur für Verbesserungen entschieden hatte, die 2500 Mark — der Magistrat forderte 5500 Mark — kosten sollten. **Stadtrat Krümel** verteidigte wiederholt die Magistratsvorlage; schließlich wurde aber doch der Ausschussantrag mit geringer Mehrheit angenommen.
Die öffentliche Sitzung erreichte um 7 1/2 Uhr ihr Ende. In der kurzen gehaltenen Sitzung wurde ein Magistrats-Abschluß als befohlener Stadtrat an Stelle des nach Thron als Bürgermeister abgehenden Stadtrat Dr. Sasse vorgeschlagen.

*** Prozeßprozeß.** Wegen angeblicher Beleidigung des Medizinrats Dr. Brüggemann in Bromberg hatte sich am Donnerstag Genosse Datz vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Im Vorwur schilderten wir einen trostigen Fall von Elend und pfafflicher Intoleranz. Ein Arbeiter in Schulitz war tödlich verunglückt und in Ermangelung eines anderen geeigneten Raumes wurde die Leiche in seiner Wohnung hingenommen, obwohl diese nur aus einer Stube bestand, über die der Verunglückte mit seiner Frau und zahlreichen Kindern verfügte. Weil der Arbeiter ein Jahr lang nicht zur Leiche gegangen war, wurde er später an der Friedhofsmauer beigesetzt. Unser Bericht enthielt die nebenstehende Bemerkung, daß Angehörige den Arzt hätten bitten müssen, die Leiche wieder zuzunehmen. Dadurch fühlte sich Dr. Brüggemann als Leiter der Session beleidigt und er wie der Regierungspräsident hatten Strafantrag. Weil die Kerze von Kaus wegen verpfändeter, geöffneter Leichen zuzunehmen, sollte unser Bericht den Vorwurf einer Mißhandlung enthalten. Genosse Datz erklärte, daß es

noch um ein durchaus entschuldbares Mißverständnis des Berichtes erstarrtes handle, wenn dieser nebenstehliche Satz nicht ganz richtig sei. Die Schuld treffe die Kerze, die in ihrer Unterhaltung mit den anderen Personen, die der Session beizuhören, Reden geführt hätten, die den Irrtum aufkommen ließen, daß zunächst ein Zundfen der Leiche nicht beachtet war. Das Gericht trug dem insofern Rechnung, als es eine Geldstrafe von 30 Mark festsetzte, während der Staatsanwalt 75 Mark beantragt hatte.

*** Die wissenschaftlichen Vorträge vom Urtier bis zum Menschen, eine Lustbarkeit.** Wie in Breslau, so hat auch der Bildungsausschuß des sozialdemokratischen Vereins in Bries einen naturwissenschaftlichen Kursus für die Mitglieder veranstaltet. Der Naturwissenschaftler Gen. Graf hielt an 6 Abenden Vorträge über dieses Thema. Es ist merkwürdig, daß die Behörden bei allen Veranstaltungen der Sozialdemokraten ganz etwas anderes suchen, als sie in der Tat sind. So auch hier. Der Magistrat veranlaßte den Vortragsbesuch, in dem die Vorträge veranstaltet wurden, zur Lustbarkeitsteuer, für den Abend in Höhe von 1,50 bis 2 Mark. Die Steuer zahlte jedoch der Vorsitzende des Ausschusses Handbuchmacher Farchmin. Dieser forderte die gezahlte Steuer vom Magistrat auf dem Klagewege zurück. In der mündlichen Verhandlung vor dem Breslauer Bezirksauschuß am 22. Juni beantragte der Bürgermeister von Bries die Abweisung der Klage. Seine Begründung war eine recht sonderbare; die Behauptung des Klägers, daß es sich bei den Vorträgen um ernste wissenschaftliche Belehrung gehandelt habe und nicht um eine steuerpflichtige Lustbarkeit, sei durchaus nicht zureichend. Es sei den Veranstaltern nur darum zutun gewesen, die Sozialdemokraten zusammen zu haben. Die Leutewaren wegen der Lichtbilder nur aus Neugierde gekommen; von einer Belehrung kann gar keine Rede sein — das Kollegium ging über die Frage, ob Wissenschaft oder Lustbarkeit ganz hinweg, es wies den Kläger aus einem formellen Grunde ab. Der Kläger, führte der Vorsitzende, Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Sarre aus, sei ja gar nicht zur Klage berechtigt. Der Vortragsbesuch sei ja zur Steuer herangezogen worden, nicht der Kläger, der nichts zu zahlen hatte.

*** Über die Lehrlings-Ausbildung in Fabriken** hat das Breslauer Oberlandesgericht eine wichtige Entscheidung gefällt. Es hat entschieden, daß der Fabrikant, der Lehrlinge hält, ebenso wie der Handwerksmeister verpflichtet ist, sie ordnungsmäßig anzuleiten zu lassen und sie anzuhalten, sich der Gesellenprüfung zu unterziehen widerzulegen. Er ist nach den §§ 131c und 148, Abs. 1, Ziffer 9 R.-G.-O. strafbar macht. Die Prüfung ist ebenfalls nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung vor den Prüfungsausschüssen der Handwerkskammer abzugeben und zwar so, wie es die Prüfungsordnung vorschreibt. Bemerkenswert ist noch, daß das Oberlandesgericht Naumburg a. S. in demselben Sinne entschieden hat.

*** Kinderbesuch in Kinematographentheatern.** Die dritte Strafkammer des Breslauer Landgerichts als Berufungsinstanz verurteilte am Donnerstag gegen den Kinematographenbesitzer Friedrich Jeltich aus Breslau, der Kinder unter 16 Jahren zu den Vorstellungen zugelassen hatte, und dafür von der Polizei ein Strafmandat in Höhe von 15 Mark gestellt erhielt. In der schöffengerichtlichen Verhandlung im April 1911 machte der Beschuldigte durch seinen Verteidiger geltend, daß die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten rechtswidrig sei, weil der Polizeipräsident garnicht befugt sei, solche Vorschriften zu erlassen; dieses Recht habe ausschließlich der Regierungspräsident. Das Schöffengericht hielt es für mindestens fraglich, ob das vom Polizeipräsidenten angeordnete Kinderbesuchsverbot gesetzlich und rechtmäßig sei; es erkannte deshalb auf Freisprechung. Gegen dieses freisprechende Urteil legte die Anwaltschaft Berufung ein. Das Berufungsgericht sah die Verordnung des Polizeipräsidenten als rechtmäßig an und verurteilte Jeltich zu 15 Mark Geldstrafe. Nunmehr will der Verteidiger des Beschuldigten das Urteil anfechten, um eine Entscheidung der obersten Instanzen herbeizuführen.

*** Ein neues Automaten-Restaurant.** Der Stadtschuß hatte dem Kaufmann Karl Veier die Erlaubnis zur Errichtung eines Automaten-Restaurants auf der Schweidnitzerstraße 51, Ecke Junkerstraße erteilt und zwar in dem Laden, wo das Schichtliche Delikatessen-Geschäft gemessen ist, jedoch unter Ausschluß spiritueller Getränke. Gegen diese Entscheidung legte das Polizei-Präsidium Berufung ein. In der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirks-Ausschuß am 22. Juni führte der Vertreter der Polizeibehörde aus, daß, wenn auch geistige Getränke vom Betriebe ausgeschlossen sind, doch die Bedürfnisfrage zu prüfen sei, da es sich um eine neue Schankstube handle. Das Bedürfnis sei aber durch das ganz in der Nähe befindliche Automat auf der Schweidnitzerstraße gedeckt. Umweit von dem zu konzeptionserwerbenden Lokal sei auf der Ohlauerstraße ein zweites Automat. Diese beiden Restaurants dürften vollständig genügen. Das Kollegium schloß sich jedoch der Ansicht des Stadtschusses an, da auch der neue Automat keine Berechtigung habe und bestätigte die Berufungsentcheidung.

Ein paar Gymnasialen haben mit ihren Eltern eine Tanzstunde besucht und nicht genug, so die Vorführung ihres Melodra verstanden zu haben, gingen sie sogar in ihrer Verleumdung so weit, die Arme an wichtige Passagen anzulegen und Versuche anzustellen, mit ihnen kreisende Bewegungen auszuführen.
Der Mann, dem das Präsidium des hiesigen Abgeordnetenverbandes anvertraut ist, steht in diesen Verhören einer heranwachsenden Jugend etwas Verdächtigendes, Herausforderndes, Gefährliches.

Viele präjudizielle Schulmeister, der Eingriffe in unsere öffentlichen Leben gestaltet sind, empfinden sich bei dem Gedanken, daß junge Suben mit jungen Mädchen tanzen wollen.
Daher ist nicht bloß Melodra, er ist Mitglied des Schulrates, und als Richter der Vorrechte des Antisemitismus. Also konnte er gegen die Majorität des Professorenkollegiums die Minister der Verdächtig, einen Monat vor der Abreise-empfehlung, durchsetzen, und es gelang ihm, in einige Verhältnisse Unglück und dem Glauben an seine Macht zu tragen.
Die letzte Rede war, welche diesem beherrschenden Schulmann gebricht worden ist, liegt leider schon zwei Tagen zurück.
Ich war mit dabei, und ich verpöchte mich, bei der nächsten ungleich kräftiger mitzuwirken, und es jedem durchgehenden Vorstande klarzumachen, daß es keine Frage ist, wie schnell, stelle oder ausgebeutetem Hausbesitzer an Ort und Stelle sich einzufinden.

Deutscher Rundflug. Die hiesige Woche nicht sich ihrem Ende zu. Am Freitag morgen um 4 Uhr werden die Mitglieder an den Start gehen, um von Kiel nach Hannover zu fliegen. Für die Flieger war die Woche finanziell recht lohnend, wenn auch die Preise hier wieder zusehnd den „großen Kanonen“ zusehen. Bisher sind an die Flieger während der ersten vier Stappen rund folgende Summen zur Auszahlung gelangt: **Hamburger 19.000 Mk., Lindpaintner 14.000 Mk., König 19.000 Mk., und Bierglets 8.000 Mk.** Die anderen Flieger erhalten kleinere, ihren Leistungen entsprechende Beträge.

Kiel, 23. Juni. Heute Morgen um 4 Uhr erfolgte der Start für die Strecke Kiel-Lübeck-Lüneburg des Deutschen Rundfluges. Jeden Augenblick drohte der Regen einzusetzen und in der Tat fiel auch, als Flieger mit dem Passagier Leutnant Schmitt am Start erschienen und sich in die Luft hob, die ersten Tropfen. Flieger trat erst später den Flug um 4 Uhr 10 Minuten an. Sodann starteten Lindpaintner um 4 Uhr 20 Minuten, König um 4 Uhr 25 Minuten, Thelen um 4 Uhr 35 Minuten, Bierglets um 4 Uhr 40 Minuten, Schwanberg um 4 Uhr 45 Minuten, König um 4 Uhr 50 Minuten. In Lübeck sind eingetroffen und haben die nachfolgenden Flieger Landung vorgenommen: **Hamburger 4 Uhr 57 Min., König 5 Uhr 21 Min., in der Richtung nach Lüneburg werden aufgegeben und weiter-**

gefliegen. Lindpaintner landete in Lübeck Punkt 5 Uhr und floh nach Lüneburg zu weiter um 5 Uhr 15 Minuten. Er zog mit unruhiger Geduldigkeit davon. **Wolffmüller** landete in Lübeck um 5 Uhr 15 Minuten und flog 5 Uhr 52 Minuten wieder auf nach Lüneburg. **Schwanberg** hatte übrigens als Passagier den Oberleutnant zur See Vertram bei sich auf seinem Apparat. Thelen ist 5 Uhr 48 Minuten in Lübeck glatt gelandet. **Herr Schwanberg** kam kurz nach 6 Uhr in einem schönen höheren Flug ein Doppeldecker in Sicht und alsbald wurde darin Lindpaintner erkannt. Ungeheurer Jubel begrüßte den glücklichen Flieger, der ruhig und majestätisch herangezogen kam. Kurz darauf kam der rote, weißlich leuchtende Doppeldecker Fliegers in Sicht. Lindpaintner landete nach einem schon gelungenen, großen Kreise 6 Uhr 10 Minuten glatt auf dem Hauptlandeplatz. Sechs Minuten später, 6 Uhr 16 Minuten, ging auch Thelen auf dem Hauptlandeplatz nieder. Auch seine Landung verlief glatt. Die beiden Flieger erklärten, daß infolge des regenreichen Wetters und der düsteren Wolkendeckung die Flucht sehr schlecht gewesen sei. Es herrschte hellereitliche, bewolkte, unruhig, trübe Wetter. Von Zeit zu Zeit sprühte ein feiner Regen den Fliegern entgegen und erschwerte noch ganz besonders die Flucht. Bei der Zwischenlandung in Lübeck, die bei Richter etwas häßlich vor sich ging, war ihm an seinem Apparat ein Brandstrahl zerfallen. Trotzdem hier Schäden schnell behoben war, verlor er doch einige Zeit in Lübeck und so konnte Lindpaintner ihn in der zweiten Zeitstrecke überholen, in Lübeck schon eher starten und dann als Erster in Lüneburg eintreffen.

Der Rundflug „Berlin“ von Kojalen beschleunigt. Die russische Soldatenregierung gegen deutsche Luftschiffe, die schon wiederholt deutsche Luftschiffe in ihrem Lebensgefahr gebrannt hat, ist durch ein neues Beispiel widerlegt worden. Am Dienstag Abend hatte der Berliner Ingenieur Gebriek zusammen mit dem Westfälischen Jelely mit dem 200 Kubikmeter großen Ballon „Berlin“ des Berliner Vereins für Luftschiffahrt von Schwanberg bei Berlin aus eine Fernfahrt angetreten, bei der einige Beobachtungen gemacht werden sollten, die für den Bau der künftigen Kreuzer notwendig erschienen. Die Fahrt, die um 7 1/2 Uhr begann, verlief während der Nachtstunden trotz des unruhigen Wetters und bestiger Regengüsse glänzend glatt. In fast genau östlicher Richtung näherte sich der Ballon der russischen Grenze und überflog gegen Morgen Thron. Gegen 8 Uhr morgens näherte sich die „Berlin“ dem russischen Grenzort Lubicz. Als der Ballon in 300 Meter Höhe die Grenze passierte, hörten die beiden Insassen plötzlich mehrere Geschosse, und einige Kugeln flogen dicht über den Köpfen der beiden Luftschiffer hinweg. In wenigen Minuten folgten weitere

auf Salbe; die russischen Grenzwehren schossen unaufhörlich und gaben etwa 60 Schuß gegen den Freiballon ab, so daß sich die beiden Insassen schließlich im Karo zum Jammentauern und hinter den Sandsäcken Deckung suchen mußten. Sobald einer der beiden den Kopf über den Ballonrand emporhob, um die Registrierapparate zu beobachten, fuhrten neue Kugeln vorüber. Unglücklicherweise war der Ballon in eine Luftströmung hineingeraten, die ihn dicht an der Grenze entlang führte, so daß die beiden Luftschiffer nicht weniger als fünfmal die Grenze passieren mußten, wobei sie jedesmal von den Grenzwehren beschossen wurden. Ingenieur Gebriek stellte schließlich fest, daß in einer Höhe von über 5600 m eine nach Westen führende Windströmung herrsche, die den Ballon aus der Nähe der Grenze nach Deutschland treiben mußte. Durch Ballonabgabe flog der Ballon schnell bis auf 5600 Meter empor. So trieben die Luftschiffer einige Zeit, bis sie in ein Wolkenmeer von unübersehbarer Größe hineingerieten. Gegen 12 Uhr mittags beschloßen sie schließlich zu landen, da sie in der drohenden Nähe der elektrischen Entladungen eines Gewitters kamen. Die Landung vollzog sich glatt bei der Ortschaft Nicolaiten bei Senzburg in Ostpreußen.

Angeichts dieser immer wiederkehrenden Gemeinheiten an der russischen Grenze wäre es wahrhaftig hohe Zeit, wenn unsere großmächtige Regierung, die nach innen ein so schnelliges Polizeiregiment führt, mal etwas wirksamere Mittel finden würde, um die Freiheiten des russischen Soldatenvolkes aufzuheben zu lassen. Aber gegenüber dem halbbarbarischen russischen Nachbarn bleibt Okeanos auch dann noch immer verbindlich freundlich, wenn er es fast all... sich beobachten muß, daß an der Grenze seine Bürger be- und erschossen werden.

Ein Priester als Kronpräsident. Wie im „clair“ mitgeteilt wird, hat Frankreich jetzt einen neuen Präsidenten auf den Königsthron, der sogar — ein bisher noch nicht verzeichneter Fall — ein Geistlicher ist. Der Abbe Felix Denaisou behauptet, daß sein wahrer Name Henry de France, Duc d'Anjou sei, weil er als Urenkel von der berühmten „Ehemaligen Kaiserin“ abstamme, hinter der sich ein Zwillingbruder Ludwig des Vierten verbergen habe. Die Geschichte, die der Abbe erzählt ist sehr romantisch und die prophetischen Gesichte, die er hat und die ihm verfallen, daß er als Heinrich der Fünfte Frankreichs Thron bestiegen wird, beweisen, daß die Sinne des neuen Präsidenten nicht ganz klar sind. Dennoch hat er Anhänger gefunden, die freudig seine Aussagen auf die Ehre nicht weniger kräftig zu unterstützen versprechen.

Der vierte Frauen-Abend

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau, der gestern in neun Lokalen lagte, war wiederum verhältnismäßig gut besucht, denn es hatten sich trotz der Hitze mehr als 300 Mädchen und Frauen eingefunden. Damit wird am besten bewiesen, daß diese Zusammenkünfte notwendig sind; daß sie auch nützlich wirken und für die Parteibewegung am Orte von Vorteil sind, ergibt sich von selbst, wenn man bedenkt, daß es wichtige Fragen sind, worüber im Frauenabend verhandelt wird. Nur im Innern der Stadt will sich der Frauenabend noch nicht einbürgern, und es wird Aufgabe des Vorstandes sein, hier für eine Weisung zu sorgen. Ueber die einzelnen Versammlungen sind uns folgende Berichte zugegangen:

Bei Milde auf der Gräbchenerstraße sprach Genosse Richter vor 50 Frauen und Mädchen und zwei Männern über die wichtige Frage: Wie wird heute für die Frauen, die Witwen und Waisen gesorgt? Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Aussprache, die zunächst nicht recht in Gang kommen wollte, geklärte sich schließlich sehr anregend, nachdem Genosse Richter einige Fragen über die Mitgliedschaft in den Krankenkassen, das Markenleben und die Benutzung der städtischen Wäschereien an die Genossinnen gerichtet hatte. Es wurde noch auf die tarifstreuen Bäckermeister und die Tätigkeit der Kinderbesch.-Kommission hingewiesen.

Die Genossinnen von Verdabau und Diergob (Lands-Distrikt 14) hielten den Frauenabend zum erstenmal ab. Im Lokale von Zahn, Schönstraße, waren 84 Genossinnen und 8 Genossen versammelt, die dem Vortrage der Genossin Laubach über das Thema: Mehr Schutz den arbeitenden Frauen und Kindern, mit großer Aufmerksamkeit folgten und sehr beifällig ausbrachen. Es erlos: eine nach eine rege Aussprache, die den lebhaften Wunsch der Genossinnen erkennen ließ, solche Zusammenkünfte recht oft zu veranstalten, da sie zur Aufklärung der Frauen und Mädchen viel beitragen. Der nächste Abend wurde mit Gelang geschlossen.

Im Schwetzerhof, wo mehr als 60 Frauen erschienen waren, sprach Genosse Winger über die Frau und die wirtschaftlichen Ansprüche, wobei er auch die Bedeutung der Konsumvereine für den Arbeiter hervorhob und auf den Kampf gegen die tarifrechtlichen Wäckermeister hinwies. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Aussprache, die den Wunsch erbrachte, daß die Frauenabende sich gut einleben und allgemein gewünscht werden.

Bei Casperle auf der Matthiasstraße hatten sich vierzig Frauen eingefunden. Hier redete Genosse Schiller über das Thema: „Die Frau und die Kultur“. In dem Vortrage knüpfte sich eine Diskussion, in der einige Genossinnen über diese und jene Fragen, die der Redner in seinem Vortrag berührte, weitere Auskunft wünschten. Genossin Schramm gab dann einen Bericht über die Zusammenkunft der weiblichen Vertrauenspersonen. Weiter vorzulesen sich die Genossinnen, die Bäckermeister überall zu empfehlen, die den kämpfenden Geschlechtern Bewilligung ihrer Forderungen entgegenkommen sind. Zum Schluß machte eine Genossin darauf aufmerksam, daß in einem Konsumverein Kinder unerschüttert ausgenutzt wurden. Die Kinderbesch.-Kommission wird diesen Fall näher untersuchen. Mit Gelang wurde der Frauenabend geschlossen.

Im Gewerkschaftshaus waren 30 Genossinnen erschienen, die dem Vortrage der Genossin E. Müller über die Bekleidungsfrage mit großem Interesse folgten. An der Debatte beteiligten sich die Genossin Seibold im Sinne des Referenten.

Die Genossinnen der Schweidnitzer Vorstadt hielten ihren Frauenabend bei Speldrich, Neuborsstraße 65, ab. Genossin Peters sprach über „Preußische Schulverhältnisse“. An ihren beifällig aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine kurze Diskussion.

Ueber das Thema „Die Frauen und die Politik“ referierte in den Amorsälen in Köpplowitz Genosse Schölich. Sein mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag zeitigte keine Diskussion. Anwesend waren 43 weibliche Mitglieder und eine Anzahl Männer.

Die Zusammenkunft der Distrikte 10 und 11 (Sandtor) war mäßig besucht. Genosse Schütz sprach über das Thema „Die Frau und der Sozialismus“. Die Aussprache war recht rege und interessant. Der Wäckerbock wurde in Erinnerung gebracht und aufgefordert, kräftig für die Gewinnung neuer Helfer für die „Volkswacht“ und von Mitgliedern für die politische Organisation zu agitieren.

Gewerkschaftskartell Breslau.

Das Kartell beschäftigte sich in der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung hauptsächlich mit der Boykottfrage. Genosse Klement sprach über die „Macht der Konjunktur“. Er entwickelte zunächst ein Bild von den Gewerkschaften in der Bekleidungs-, Nahrungsmittel- und Genussmittel-Industrie. Die Tabakarbeiter und die Bäcker Breslaus sind gegenwärtig in einer Tarifbewegung, um die traurigen Arbeits- und Lohnverhältnisse einigermaßen zu heben. Das Kartell hat ihre Unterstützung einmütig beschlossen und die Volkswacht hat, das muß auch betont werden, ihre Schuldigkeit in vollem Maße getan. Wenn die Arbeiter gleich zu Anfang mit voller Macht den Boykott gegen die rücksichtslichen Bäcker ausgenutzt hätten, dann wären unbedingt noch mehr Wäcker gefallen — auf das Bürgertum sei kein Verlaß. Mit schönen Worten glaubt es seine Schuldigkeit getan zu haben; die Laten bleiben aber zurück. Wir werden des Terrorismus beschuldigt, wenn wir streng vorgehen. Man vergißt aber das harte Vorgehen der Unternehmer, man vergißt, daß Tausende arbeitswilliger Arbeiter auf das Straßengäßchen geworfen werden und daß die Gerichte und die Polizei mit ihren Urteilen die Unternehmer unterstützen. Klement führte eine Reihe Beispiele an, wie es doch möglich sei, durch Festhalten der Beschlüsse mehr Beachtung finden möchten. Jeder Klassenbewußte Arbeiter müsse Solidarität üben, das sei seine Pflicht und Schuldigkeit.

Im Anschluß an dieses Referat gab Genosse Zigon einen Bericht über die Wäckerbewegung. Zigon ist der Ansicht, daß die Leitung der Wäckerorganisation mit dem, was durch den Boykott erreicht wurde, zufrieden sein kann, wenn die Umstände berücksichtigt werden, unter denen hat gekämpft werden müssen. Niegends als in Breslau gäbe es eine so rücksichtsliche Wäckerinnung. Allerdings konnten und können auch jetzt Erfolge noch erreicht werden, wenn der Boykott mit aller Schärfe und Planmäßigkeit weiter geführt wird. Die Innung rechnet mit Lässigkeit und Schlawheit der Arbeiter. Lange, so reden sie sich ein, kann ja der Boykott nicht anhalten, dann kehren doch die alten Kunden wieder zurück. Darin sollen sich die Meister aber arg täuschen. Redner glaubt voranschreitlich, daß die Arbeiterklasse jetzt erst recht ihren Willen durchsetzen wird, da sie sieht, wie die Behörden mit ihrem Vorgehen die Unternehmer stützen, die die gerechtfertigten Forderungen der armen Wäckergefellten ablehnen. Auch Zigon erkennt an, daß die Volkswacht mit aller Kraft die Wäcker unterstützen hat. Jetzt sei es ihr geschuldet, unterlag worden, die Kundgebungen der Organisation zu veröffentlichen. Die tarifstreuen Wäcker werden sich aber zu helfen wissen. Mit Klement erwiderte auch Zigon die Frauen mehr aufzuklären. Die Debatte war eine sehr anregende, es wurde nicht bloß die Sache der Tabakarbeiter und Bäcker in die Diskussion gezogen, sondern auch der Saalboykott, der nicht von allen Wäcker befolgt werde. Es gäbe leider noch viel Sünder, die sich vergessen. Alle Redner standen auf dem Standpunkte, daß die Boykottfrage in den Versammlungen der Partei und Gewerkschaften mehr erörtert werden muß und die Arbeiter immer mehr aufgeklärt werden, um was es sich handelt. — Der Vorsitzende, Genosse Seibold, bemerkte, es sei aus das

das Gewissen der Genossen geschärft worden ist; die Erörterung wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Eine Genossin empfahl „Boykottbruch als Streikbruch“ anzusehen. Broski forderte auf, die „Volkswacht“ mehr zu verbreiten, dann wird der Boykott noch mehr Beachtung finden. In einem Schlußwort lenkte Klement die Aufmerksamkeit auf den Konsumverein „Vorwärts“, der ja nur tariffreie Waren führt. Darauf sprach Genosse Kisch über das Gewerkschaftshaus und den Gewerkschaftshausbaufonds.

Stadtvorordneten-Versammlung. Die nächste Sitzung der Stadtvorordneten findet wegen des auf den Donnerstag fallenden katholischen Feiertages Peter Paul am Mittwoch, den 28. d. M. statt.

Ausflug nach Petersdorf (Vollberg Lokal) ist Sonntag, den 28. Juni, erster Treffpunkt 8 Uhr früh im Vergeltler. Zwei Wagen für Frauen und Kinder stehen dort bereit. Zweiter Treffpunkt in Döritz (Schaubes Lokal). Da das Fest-Komitee für Unterhaltung aufs Beste gesorgt hat, wird zahlreiche Beteiligung erwartet. Bei Regenwetter ist der Ausflug acht Tage später.

Sommer-Theater (Vielbachs Stablfestmenen). Heute, Freitag, den 28. Juni, gastiert Marie Lettinger-Wendt als Agnes in „Bummelstübchen“, Poffe mit Gelang und Lang in fünf Bildern. Im Garten konzertiert die Militärkapelle unter Leitung des königl. Musikmeisters Herrn Rüscha. — Morgen, Sonnabend, den 29. Juni, gastiert Marie Lettinger-Wendt zum vorletzten und übermorgen, Sonntag, den 30. Juni, zum letzten Male als „Agnes“ in „Bummelstübchen“. — Von Montag, den 28. cr. ab müssen die Vorstellungen der „Bummelstübchen“ wegen des an diesem Tage salutarischen Anfangs nehmenden sechsstündigen Galopps des Verstorbenen Walter Grane (ehem. Mitglied des Breslauer Schauspielhauses) eine Unterbrechung erfahren. Walter Grane gastiert Montag zum ersten Male in Charles Lecocq's dreiaktiger komischer Oper „Jarmell Angst“ und zwar in der Rolle des „Ange Piton“.

Viktoria-Theater. Die Geny Vender'sche Ausstattungs-Revue „Bei uns in Breslau“ läßt nach wie vor auf das Viktoria-Theater eine große Anziehungskraft aus. Abends 8 Uhr ist der geräumige Theatersaal bis auf das letzte Plätzchen besetzt und werden Henry Vender und seine künstlerische Kapelle sehr beliebt. Die heutige Freitag-Vorstellung findet bei 9 Uhr 20 Minuten Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich von 9-2 Uhr im Theaterbureau sowie im Verkehrebureau Varach.

Schwerer Straßenunfall. Als heute morgen auf der Matthiasstraße ein mit Holz beladener Wagen, richtig auf der rechten Seite und langsam fahrend, in die scharfe Biegung der Straße am Eingang zur Kaufstraße über die Oder gelangte, wollte der Schriftführer Adolf Ludw. Michaelisstraße 30 wohnhaft, auf seinem Rade das Fuhrwerk überholen. In diesem Augenblick kam ein Straßenbahnzug daher; Ludwig, der ihn nicht bemerkt haben mochte, ließ sich gefährdet, stieg aber nicht ab, sondern hielt sich mit der rechten Hand an dem Breiterwagen fest, um sich durchschleppen zu lassen. Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß der Breiterwagen einem auf der rechten Seite stehenden Wagen nach links ausweichen mußte, was Ludwig nicht vorausgesehen hat; er kam bei der Wendung des Wagens, an dem er sich festhielt, zu Fall und ein Wagenrad ging ihm über den Leib hinweg. Der Schwerverletzte wurde mittels Drofche in das Allerheiligen-Hospital überführt.

Vermeintlicher Selbstmord. Am 21. d. Mts. wurde am Strauchweg ein grünes Herrenjackett gefunden, in dessen Taschen ein Hauschlüssel und ein Krankenunterstützungsbuch der Krankenkasse der Bresl. Maurergesellen unter dem Namen Josef Kundl, 62 Jahre alt, lautend, vorgefunden wurden. Dieser Kundl hat seine Wohnung Scheinigerstraße 44, und sein Sohn erkannte in den vorgefundenen Gegenständen das Eigentum seines Vaters wieder, so daß vermutet werden muß, daß dieser Selbstmord begangen habe, zumal er seit dem 21. d. M. nicht in seine Wohnung zurückgekehrt ist. Der Beweggrund zum Selbstmord ist bisher nicht bekannt.

Wieder ein diebstahliger Fürsorgegehilf. Der Fürsorgegehilf Josef Werner hatte sich aus der ihm zugewiesenen Lehrstube entfernt, in Breslau unter dem Namen Schmidt aufgehalten und hier mehrere Diebstähle ausgeführt. Hauptächlich hatte er es auf Personen abgesehen, die auf Promenadenbänken eingeschlafen waren und ihnen Vortemonnates und Uhren zu stehlen gewußt. W., der auch Fahrräder gestohlen hat, ist verhaftet worden.

Der ungetreue Reisende. Die Mehlgroßhandlung Ernst Schneider, Striequarplatz 57 war im Juli und August 1910 durch ihren Geschäftsreisenden Förster geschädigt worden, indem er ihr 629 Mark unterschlagen hatte und seitdem verschollen war. Am Mittwoch traf ein Schuhmann Förster auf der Ottostraße an, erkannte ihn und nahm ihn fest.

Einbruch. In der Nacht zum 21. Juni ist in das Augustinerbräu am Mäckerplatz eingebrochen worden. Der Dieb hat im Kontor zwei Behälter gewaltsam erbrochen, alles durchwühlt und 26 Mark gestohlen.

Festgenommen wurde am 21. Juni ein Kellner in seiner Wohnung, der auf der Festwiese einer Frau eine Handtasche mit 80 Mark gestohlen hatte.

Gefunden wurden eine silberne Damenuhr, eine schwarze Damenhandtasche, fünf Vortemonnates mit Inhalt, ein schwarzer Herrenschirm, zwei Schlüssel, eine goldene Drofche und eine Damenuhr.

Neueste Nachrichten.

Konflikt wegen der Fortbildungsschule.

Berlin, 23. Juni. Die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses für das Pflichtfortbildungsgesetz setzte gestern Nachmittag die zweite Lesung des Entwurfes fort. Bei § 7 wurde beantragt, mit Genehmigung der Kultusbehörden den staatlich anerkannten Religionsgesellschaften eine angemessene Zeit zur Verfügung zu stellen. Ein anderer Antrag soll für die beschlossene Einführung der fakultativen Religionsunterrichtsleistungen, soweit neue Mittel dazu nötig sind, der Gemeindebehörde eine eingehende Mitwirkung sichern.

In der Abend Sitzung, die sich bis Mitternacht hinzog, nahm die Kommission die Vorlage mit erheblicher Mehrheit an. Nach der vorgenommenen Abstimmung erklärte der ressortmäßig zuständige Handelsminister von Sydow, daß für ihn die Vorlage in der jetzigen Gestalt unannehmbar sei, da die Mehrheit sich für die gleichzeitige Zuständigkeit des Kultusministeriums ausgesprochen habe. Ebenso nahm der Minister Anstoß an dem Zusatz zu § 14, den die Konfessionsverbände gefordert hatten.

Vertrauensvotum für Niefer.

Berlin, 22. Juni. Der Vorstand des Bundes der Industriellen richtete an den Hansabund anlässlich des Ausscheidens des Landrates a. D. Rötger eine Rundgebung, in der erneut die Notwendigkeit betont wird, daß die deutsche Industrie geschlossen an dem vom Hansabund erstrebten Zusammenwirken von Handel, Industrie und Gewerbe zur Erreichung größeren Einflusses auf die Gesetzgebung Teil nimmt, und wozu ferner dem Präsidium des Hansabundes das Vertrauen der im Bunde der Industriellen vereinigten Industriellen ausgesprochen und die jetzt erfolgte Störung der notwendigen Einigkeit bedauert wird.

Hollhinterziehungen deutscher Stahlwarenfirmer

Erlangen, 23. Juni. Die Hollhinterziehungen durch Solinger Stahlwarenfabriken, die bei der Einföhrung von Messer- und verschiedenen anderen Stahl- und Schneidwaren in die Vereinigten Staaten beantragen worden sein sollen, ziehen immer weitere Kreise. Auch Gerichtsverhandlungen haben deshalb schon eine Reihe stattgefunden. Nach den Mitteilungen des Solinger Generalanwalgers soll eine Solinger Stahlwarenfabrik, eine der ältesten und bekanntesten Stahlwarenfirmer, zu einer Geldstrafe von 350.000 Mk. wegen Hollhinterziehung verurteilt worden sein. Diese Geldstrafe hat die Firma laut Gerichtsbeschluss an die Vereinigten Staaten zu zahlen.

Zum Westeuropäischen Internationalen Rundfluge.

Ulrecht, 23. Juni. Bei der gestrigen Fortsetzung des Westeuropäischen Rundfluges ist Verbinde bei Mairicht abgestürzt. Sein Apparat wurde zwar vollständig zertrümmert, der Flieger selbst aber blieb unverletzt.

In Stücke gerissen.

Mannheim, 22. Juni. Ein schwerer Unglück ereignete sich heute vormittag in der Fabrik von Benz u. Co., in der Gasmotoren hergestellt werden. Der Schlosser Adolf Duernang wurde, als er einen Transmissionsbaum verlassen wollte, von einer Transmiffion erfasst und fortgerissen. Im Zeitraum von Sekunden war der Körper des Unglücklichen förmlich zerstückt. Die beiden Unterschenkel wurden abgerissen und mit anderen Fleischteilen zum Fenster hinausgeschleudert. Duernang ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Konfisziert.

Wien, 23. Juni. Die gestrige Nummer der hier erscheinenden „Arbeiterzeitung“ wurde wegen eines harten Artikels über die Wahlmehelien und Massafres in Drosobicz konfisziert.

Ministerkrise in Oesterreich.

Wien, 23. Juni. Der Kaiser Franz Josef hat sich die Entscheidung über das Demissionsgesuch des Handelsministers Dr. Westfäher noch vorbehalten.

Wien, 23. Juni. In politischen Kreisen wird erklärt, daß der Ministerpräsident fest entschlossen sei, aus einer veränderten Haltung der Christlichsozialen die Demissionen abzuleiten und dem Monarchen die Demission des Gesamtabinetts anzubieten. Es steht aber vorläufig noch nicht fest, ob der Ministerpräsident in der gestrigen von der Christlichsozialen Reichsratskommission proklamierten Wollit der Freien Hand bereits eine Abkündigung der Christlichsozialen und der Majorität erblickt oder ob er einen klareren Beschluß des Christlichsozialen Reichsratsklubs abwarten wolle.

Wien, 23. Juni. Die „Reichspost“ veröffentlicht einen Aufruf der Christlichsozialen Parteileitung, in welchem der schärfste Kampf gegen die Freisinnigen angekündigt wird.

Bittau, 23. Juni. Der Reserveleutnant Heber vom Bittauer Infanterieregiment Nr. 102, der Sohn des Bittauer Postdirektors, wurde gestern plötzlich aus seiner Wohnung heraus verhaftet. Er hatte während einer Uebung sich an einem Gezeiten stützlich zu verhalten versucht. Auch sollen Ermittlungen eingeleitet sein wegen anderer Vergehen gegen § 176 des St.-G.-B. Der Verhaftete, der in seiner Zivilstellung Baubeamter in Bittau ist, wurde sofort nach seiner Verhaftung in das Bittauer Militärgefängnis überführt. Die Verhaftung erregt hier großes Aufsehen. Die Eltern des Verhafteten genießen hier alleseitig das größte Ansehen.

Rom, 23. Juni. Im Dome zu Empoli fand eine feierliche Prozession statt. Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß ein junges Mädchen den Kerzen, die bei der Prozession getragen wurden, zu nahe kam. Das Spitzenkleid der jungen Dame fing an der brennenden Kerze Feuer und stand im Nu über und über in hellen Flammen. Die Unglückliche erhielt gräßliche Brandwunden und wurde, mit dem Tode ringend, nach dem Krankenhaus gebracht. Ihre entsetzlichen Schmerzensschreie durchdrangen den hohen Dom. In demselben entfiel unter den zahlreichen Anwesenden eine schreckliche Panik, bei der eine große Reihe von Personen schwer verletzt wurden.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 24. Juni:
Nachbier. Versammlung. Zimmer 2.
Kupfer-Schmiede. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 3.
Sonntag, den 25. Juni:
Freilanzert im Garten.
Bauarbeiter. Vormittags 10 1/2 Uhr: Versammlung im Zimmer 1.
Gleiser. Vormittags 10 1/2 Uhr: Versammlung im Zimmer 3.
Schaufel. Vormittags von 10 bis 12 Uhr: Kassentag im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Volkswacht-Agitation!
Sonntag, den 25. d. Mts., findet von dem Lokal Paulstraße 42 aus eine Agitation für die „Volkswacht“ statt. Wir eruchen besonders die Genossen der Distrikte 12 und 13, vor allen Dingen aber diejenigen, die sich freiwillig zu den Agitationen erboten haben, um rege Teilnahme und pünktliches Erscheinen.

Distrikt 3a (Gräbchener Vorstadt, nördl.).

Sonntag, den 25. Juni: Mitglieder-Agitation vom Lokal Liebenhufenerstraße 19 aus. Die Genossen treffen sich früh 7 1/2 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung wird eruch.

Distrikt 7 (Mitolator).

Achtung, Bezirksführer! Montag, den 26. Juni: Abrechnung. Ähnliche unverkauften Marken und die eigenen Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Die Sterbefonds-Listen werden eingezogen. Der Distriktsführer.

Distrikt 14 (Oblauer Vor).

Sonnabend, abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal. Abrechnung der Karten zum Ausflug.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Kernmarkt.

Saub-Distrikt 2 (Schweidnitz). Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Waldschloßchen“, Scheinweg, Liegertstraße.
Saub-Distrikt 4 (Koschütz). Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Herrn Ubrig: Wichtige Besprechung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen.
Saub-Distrikt 11 a. 12 (Gartisch und Kobornitz). Den Genossen die Nachricht, daß bis zum 2. Juli alle Mitgliedsbücher zur Kontrolle eingezogen werden. Der Distriktsführer.
Saub-Distrikt 16 (Stahlitz). Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr: Wahl eines Distriktsführers bei Koll.
Saub-Distrikt 7 (Stein-Gebäude). Bezirk 1, 2 und 3. Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr: Zahlabend und Mitglieder-Zusammenkunft im Lokale des Herrn Gelle in Müllers Referent wird zur Stelle sein. Nach dem Zahlabend gemütliches Beisammensitzen. Um zahlreiche Teilnahme wird gebeten.
Saub-Distrikt 12, Bezirk 1 (Schweidnitz). Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr: Schluß der Karte.
Saub-Distrikt 13 (Gartisch). Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Gollisch im Scheinweg. Referent: Reichstagslandrat Herr Gollisch aus Roslau. Um zahlreiche Teilnahme wird eruch.

Sommer-Theater (Alte Feste)
 Freitag u. Sonnabend, 8 Uhr:
 Gedicht: Maria
Lettinger-Wendt.
 „Bunzelstudenten.“
 Im Garten: Gr. Konzert.

Viktoria-Theater
 Die Sonderliche Revue
Bei uns in Breslau
 Anfang 8, v. 7-8 Konzert.
 Teilhabe des Geldes im Garten.
 Jeden Freitag:
Nichtfrüher-Abend.

Zeltgarten
 Im prächtigen Garten
 Täglich
Künstler-Vorstellung
 11
 Attraktionen.
Eintritt 10 Pfg.
 Mitglieder Platz 50 Pfg.

Palmengarten.
 Damen - Trompeter.
 Bedienung
 im
Holenrock.
 Entree frei.

Liebhöhle.
 Heute Freitag, den 23. Juni:
Konzert der
Stadt-Theater-Kapelle.
 Wagner-Abend.
 Konzertleitung:
Kapellmeister Prüwer.
 Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Bestellen Sie nur Reformbier aus der
 Breslauer Union Brauerei

Pfänder-Auktion Eisen-
 strasse 48
Freitag, den 14. Juli.
 Einlieferung bis 10. Juli. 13300
 Demeritas, den 13. Juli, nachm., geschlossen.

Tüchtige Stufatoure
Weißarbeiter
 helfen ein 3316
Hülsmann & Bollo
 Wetz, Sülzstrasse 18.

Ein Berliner entlogen
 g. Belohn. d. g. Baumann, Döbnerstr. 30.

Mod. Kinderwagen
 1.20 bis 1.50, Döbnerstr. 33 st.

Primo Kalbfleisch 75-80
Schweinebraten 55
Lohestr. 42.

Wir empfehlen:
Der dumme Teufel
 Die Katastrophe
 der
 Zentrumspolitik.
Preis 20 Pfg.

Buchhandlung
 „Volkswacht“.

Eduard Bernsteins:
 Die
 Natur u. die Wirkungen
 der kapitalistischen
 Wirtschaftsentwicklung.
 Preis 10 Pfg.

Festwiese!

Scheitniger Park.
Hugo Haase's Welt-Unternehmungen
 Jeder Festbesucher muss

Machnow den Uebermensch
 gesehen haben.
 Jeder Festbesucher muss auf

Haase's **Deep-to-Deep**
 gefahren sein.
 Jeder Festbesucher muss

Haase's
Stufenbahn im Trachtbau
 besuchen. 5290

Diese drei Unternehmungen sind die
Hauptattraktionen
 der Festwoche.

in der **Stufenbahn**
Heute Sonnabend von 3-7 Uhr
 nachmittags

Gr. Kinderfest
 mit vielen Ueberraschungen.

Jedes Kind erhält beim Eintritt ein Geschenk.

Neu! Odeon. Neu! Odeon.
B. Igel's Restaurant

Bergmannstrasse 5, neben der Schule.
 Neu eröffnet und neuzeitig ausgestattet.
 Billard und Vereinszimmer, Speisen je nach Wunsch, kalt und warm
 zu jeder Zeit, die neuesten Witze stets am Lager.
 Zum gütigen Besuch ladet Gönner und Freunde ergebenst ein
 B. Igel, früher Tanzordner im Etabl. „Bergkeller“.

Reisezeit. — schönste Zeit —
 Alles reist jetzt weit und breit,
 Der eine fährt an die See,
 Der andere kraxelt in die Höh:
 Mancher zieht gern in den Wald
 hinaus.
 Nur wer kein Geld hat, bleibt zu
 Haus!
 Und alle kaufen für die Reise
 Bei uns sich Schub' zu billigen
 Preise!

Deutscher-Amerikanischer Schuhwarenhandel
 in
 Nussbaum-
 Schmiede-
 brücke 20.

Unser diesjähriger
**Sommer-
 Ausverkauf**
 welcher Sonnabend, den 24. Juni,
 beginnt, bietet eine

seltene Gelegenheit
 zum Einkauf

guter u. dauerhafter Schuhwaren

- Dauerhafte Herren-Zugstiefel 425
- Elegante Herren-Schnürstiefel 675
- Elegante braune Herren-Schnürstiefel 675
- Elegante Damen-Schnürstiefel 550
- Elegante Damen-Schnürstiefel 475
- Elegante braune Damen-Schnürstiefel 675
- Promenaden-Zeugschuhe 98 P.

Sandalen, Turnschuhe,
 Hausschuhe, Spangenschuhe,
 Lackschuhe, Tennisschuhe

Kinderstiefel

Sämtliche Artikel sind im Preise bedeutend ermässigt.
 Beachten Sie unsere Schaufenster!

Der Sommerausverkauf findet in unseren beiden Geschäften
Schmiedebrücke 20 im Nussbaum
Gräbschenerstr. 41 Ecke Friedrichstr.

Deutsch-Amerikanischer Schuhwarenhandel

Breslauer Festwoche

1911

vom 18. bis 25. Juni
 veranstaltet vom
 Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, E. V.

Sonnabend, den 24. Juni

Eintritt 30 Pfg. Kinder 10 Pfg.

Programm:

- 4 Uhr: **Pokalwettspiele** vom Südostdeutschen Fussballverband. Entscheidungsspiel Klasse B auf dem Sportplatze.
- 4 Uhr: **Vorstellung im Marionetten-Theater Münchner Künstler, Kasperl als Prinz, Kasperl als Porträtmaler** (von Franz Graf von Pocci), Leitung: Schriftsteller Paul Brann.
- 4 Uhr: **Oberschlesische Bauernhochzeit u. Bauerntänze** im Trachtenzelt, dargestellt vom Trachtenverein „Koslowagora“.
- 4 Uhr: **Kasperle-Theater** auf dem Kinder-Spielplatze.
- 5 1/2 Uhr: **Städte-Wettkämpfe** Berlin—Breslau, Repräsentativ-Wettspiele zweier erstklassiger Mannschaften im Fussballspiel auf dem Sportplatze. 3274
- 5 1/2 Uhr: **Grosses Konzert**, ausgeführt von der Konzert-Kapelle des Breslauer Musiker-Verbandes. Direktion: Herr Kapellmeister Ruster.
- 5 1/2 Uhr: **Freilicht- und Hans Sachs-Spiele**, dargestellt von Mitgliedern der Vereinigten Theater unter Leitung des Oberregisseurs Ludwig Masson.
- 7 Uhr: **Vorstellung im Marionetten-Theater Münchner Künstler. Das Mädchen von Elizondo** (von Offenbach). Leitung: Schriftsteller Paul Brann.
- 7 Uhr: **Oberschlesische Bauernhochzeit u. Bauerntänze** im Trachtenzelt, dargestellt vom Trachtenverein „Koslowagora“.
- 8 Uhr: **Vorstellung im Marionetten-Theater Münchner Künstler, La serva padrona** (von Pergolesi), Leitung: Schriftsteller Paul Brann.
- 8 1/2 Uhr: **Freilicht- und Hans Sachs-Spiele** dargestellt von Mitgliedern der Vereinigten Theater unter Leitung des Oberregisseurs Ludwig Masson.
- 8 1/2 Uhr: **Reigenlauf** des Verbandes Breslauer Rollschuh-Vereine, 8 Damen, 8 Herren, 4 Kinder-Kunstreigen, auf dem Podium des Sportplatzes.
- 9 Uhr: **Vorstellung im Marionetten-Theater Münchner Künstler, Das Mädchen von Elizondo** (von Offenbach) **Kasperl als Porträtmaler** (von Franz Graf von Pocci), Leitung: Schriftsteller Paul Brann.
- 9 Uhr: **Allgemeiner Tanz** im Trachtenzelt. Die Bauernkapelle wird zum Tanze aufspielen.
- 9 1/2 Uhr: **Grosse Illumination** des gesamten Festplatzes und der Anlagen.

Ausserhalb des Festplatzes!

4 Uhr: **Fortsetzung des 3. Schies. Bundeskegeln** im Keglerheim „Tivoli“ Neudorfstrasse 35/37. Wertvolle Geld- und Ehrengeschenke.

Voranzeige!

Sonntag: Schluss-Tag!

Sonnabend, den 24. Juni 1911.

Preussisches Abgeordnetenhause.

93. Sitzung, Donnerstag, den 22. Juni, Vormittags 11 Uhr.

Das vom Herrenhaus abgeänderte Zweifelhands-Gesetz für Groß-Berlin wird auf Antrag des Abg. v. Seydewitz sofort an die Kommission verwiesen, die es vorher schon beraten hatte.

Ein Gesetz betr. die Umlegung von Grundstücken in G. B. L. wird in dritter Beratung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Reinigung öffentlicher Wege.

Abg. Freiherr v. Camp (Freisinnl.) befragt einen Antrag, das Gesetz nur auf Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern und Landgemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern zu beschränken und die Regierung um baldmöglichste Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, durch welches für kleinere Städte und Landgemeinden die Reinigungspflicht der öffentlichen Wege unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse dieser Städte und Ortschaften geregelt wird.

Ein Regierungskommissar wendet sich gegen diesen Antrag.

Abg. Fleischer (Zentr.) erklärt sich im allgemeinen mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden.

Abg. Zippmann (Vot.) protestiert gegen die großen neuen Lasten, die durch dieses Gesetz den Ausbeuteten auferlegt werden sollen. Er ist ein Anhänger eines Vermittler einsetzt, sollte er auf jeden Fall von der Verantwortung für nicht erfolgte Reinigung befreit sein. Wir beantragen, daß der Umfang der polizeimäßigen Reinigung durch Ortsstatut bestimmt wird, damit der Einfluß „extravaganter“ Polizeiverwaltung, wie Herr von Camp sie nannte, beschränkt wird. Der Staat wird nicht in Gefahr geraten, wenn die Stadt der öffentlichen Wegereinigung bestimmt wird durch die Selbstverwaltung der Gemeinden. Wenn auf diese Weise auch Laien dabei mitwirken, wird es nicht mehr vorkommen, daß vorgeschrieben wird wie jetzt z. B. von einer Polizeiverwaltung, daß von morgens 7 bis abends 10 Uhr bei Schneefall kein Schnee liegen dürfen darf. (Beifall.)

Ein Regierungskommissar betont dem Vorredner gegenüber, daß vielfach keine Gemeinden viel zu hoch belastet würden durch die Pflicht der Wegereinigung. Die einzelnen Hausbesitzer könnten die Lasten weit eher ertragen.

Abg. v. Brünning (Kon.) verteidigt gegenüber dem Abg. v. Camp ein von ihm im Kreise Stoip herausgegebenes Ortsstatut über die Wegereinigung. Abg. v. Camp ist der einzige von 175 Grundbesitzern in meinem Kreise, die gegen ihren Landrat die Hilfe des Ministers angerufen haben. (Beifall.)

Abg. v. Camp (Freisinnl.): Ich finde es unerhört, daß Herr v. Brünning sachliche Gegenläufe benutzt, um persönliche Spitten gegen mich vorzubringen. Es ist keine Rede davon, daß ich einen Gegensatz zwischen ihm und der Regierung schäme. — Im übrigen behauere ich lebhaft, daß hier wieder einmal ein wichtiges Gesetz durchgepefcht werden muß. (Sehr richtig!)

Nach weiterer uninteressanter Debatte wird das Gesetz unter Ablehnung aller Anträge in der Kommissionsfassung angenommen. Es folgt die dritte Lesung. Da ein neuer Antrag des Zentrums einläuft, wird auf Antrag des Abg. Dr. Friedberg (natl.) die dritte Lesung nach kurzer Dauer abgebrochen.

Ein Antrag Dr. Friedberg (natl.) will zunächst die dritte Lesung der Rheinischen Gemeindeordnung vornehmen, wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Vollenhaltungsgegesetzes für die Rheinprovinz.

Nach kurzer Debatte wird das Gesetz an die Kommission zurückerwiesen. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Interpellation der Konservativen über die Maul- und Klauenseuche. Allgemeines Zweifelhandsgesetz. Rheinische Gemeindeordnung.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

16. Sitzung, Donnerstag, den 22. Juni, 12 Uhr Mittags.

Am Ministertisch: v. Breitenbach, Dr. Lenze.

Das Eisenbahnanleihegesetz.

Graf Mirbach: Die Vorlage bringt die Elektrifizierung zweier Bahnen. Ich darf das Verdienst in Anspruch nehmen, die Frage der Elektrifizierung unserer Eisenbahnen zuerst hier angeregt zu haben. Die Staatsberatung hier erfolgte aus Zeitmangel wieder in einer Eile. Ich muß darum etwas nachhaken. Der Finanzminister gratulierte mir damals zu meiner niedrigen Steuererschätzung. Das ist ausgebeutet worden von den Agitatoren eines großen Bundes, der analog der Praxis „haltet den Dieb!“ dem Bunde der Landwirte Agrardemagogie vorwirft. Es gibt keine größere Demagogie, als bei dem Bunde, den ich gar nicht zu nennen brauche. Unsere Eisenbahnverwaltung zeugt von einer vorzüglichen Finanzgebarung. Der Finanzminister hat früher erklärt, man könne nicht mehr als 2,10 Prozent des statistischen Anlagekapitals der allgemeinen Finanzverwaltung zulassen lassen. Herr v. Gwinner hat eine eingehende Tabelle aufgestellt, aus der hervorgeht, daß man ruhig 2 1/2 pCt. und wohl noch etwas mehr der Finanzverwaltung überweisen könnte. Wenn das richtig ist, dann verschwindet die uns drohende Gefahr, daß die Steuerzuschläge aufrechterhalten werden müssen. Das ist besonders für die Landwirtschaft von größter Bedeutung, für die bei ihrer geringen Rentabilität die Erhöhung der direkten Steuern und besonders die Ergänzungsteuer direkt verhängnisvoll werden. Ich möchte gern eine Million Einnahmen verlieren (Beifall), aber wir haben in der Landwirtschaft eben kein hohes Einkommen. Wir sind Herrn v. Gwinner dankbar, daß er diese Frage angeschnitten hat und wir hoffen, daß es nicht nötig sein wird, die Steuerzuschläge aufrechtzuerhalten. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Lenze: Die Ansicht, daß die Eisenbahneinnahmen ausreichen, um die Steuerzuschläge zu beistellen, kann ich unter keinen Umständen teilen. Diese Hoffnung muß ich sofort zerstreuen. Herr v. Gwinners Tabelle haben wir durchgearbeitet und werden in den nächsten Tagen eine Gegenabelle ausarbeiten. Wenn Herr v. Gwinners Tabelle richtig wäre, bestünde nur die Gefahr, die die Arbeit, die ich jetzt habe, besteht darin, daß ich eine neue Steuertabelle mache. Wenn ich diese Steuertabelle erparen könnte durch einen Griff in die Eisenbahneinnahmen, wäre ich alle Sorge los. Wir müssen damit rechnen, daß wir 60 Millionen für den Staatsbedarf noch aufbringen müssen. Das ist hart und bitter, muß aber unumwunden ausgesprochen werden. Die Steuerzuschläge müssen leider bleiben.

Graf v. Mirbach behauptet, daß die Dinge so liegen. Im Ofen sei die steuerliche Entwicklung, vor allem in den Kommunen, ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung.

v. Buch: Jeder Finanzminister muß in erster Linie dafür sorgen, daß unsere Schuldenlast nicht wächst. Er kann nicht seine Finanzen nach den Wünschen einer Großstadt verwalten. Der Staat muß für die äußersten Bedrohungen Vorsorge treffen. Für ihn ist eine große Schuldenlast im Kriegsfall sehr bedenklich. Krieg oder Frieden kann davon abhängen, ob einem Staat etwas geborgt werden kann oder nicht. Welche üblen Erfahrungen haben wir 1870 mit der Bereitwilligkeit der Finanzwelt zur Vergabe von Geldern gemacht. Die paar Millionen im Juliusturm reichen nicht aus, um die

Kosten des Krieges in seinen Anfängen zu decken. Mag man aber den Juliusturm lächerlich machen, der Gedanke, der seiner Gründung zugrunde lag, ist auch heute noch berechtigt. Der Staat nimmt die angesehenste Stellung ein, der parlamentarar besten dastiebt. In Kriegsfällen verlagst ja die Hauptertragsquelle des Staates, die Eisenbahn. Darum bedarf der Staat eines festen Rückhalts. Nicht bloß im Staat, sondern auch bei den Kommunen und allen öffentlichen Körperschaften muß das kolossale Schuldenmachen vermindert werden. (Beifall.)

Direktor der Deutschen Bank v. Gwinner: Graf Mirbach hat mich mißverstanden. In meinen Berechnungen ist nicht angenommen, daß die Einkommen- und Ergänzungssteuer fallen gelassen werden soll. Im übrigen warte ich die Gegenberechnung des Finanzministers ab. Wenn an einer Erhöhung der 2,10 Prozent Anstoß genommen wird, kann sie auch unterbleiben, denn deshalb wird nicht eine Mark weniger geborgt werden. Wir müssen uns das borgen, was uns fehlt. Allerdings wäre es klüger gewesen, dreihundert Millionen Mark auf den Eisenbahneinsatz zu borgen, als sie als Defizitanleihe aufzunehmen. Es soll ungewöhnlich sein, die Grundzüge eines Bankinstituts auf den Staat anzuwenden. Nun, der preussische Staat ist Industrieller geworden und wird in diesem Zweige gut tun, sich bewährte Grundzüge anzueignen. Nicht richtig ist, daß 1870 die Finanzwelt verjagt habe. Was von der Anleihe von 1870 gezeichnet wurde, das haben im wesentlichen die Finanzleute gezeichnet. Zum Beispiel der alte Reichsbank und andere haben große Summen gezeichnet. Als Aufnehmer einer großen Anleihe kann aber in Kriegzeiten nur das Publikum in Frage kommen. Die Banken haben da genug zu tun, dem Instium des Publikums auszuhalten. Selbst die großen Finanzinstitute hätten in solchen Zeiten garnicht die Summen zur Hilfeleistung. Deshalb muß man Anleihen im Frieden machen. Kriege können heutzutage nur mit Steuern und Papiergeld geführt werden, nicht mit Anleihen. Wer soll uns die großen Milliardenanleihen geben, das Ausland gewiß nicht. Gegen eine Verstärkung des Juliusturms hätte ich nichts. Wir könnten unbedenklich dreihundert Millionen Mark in den Zirkel legen und ebenso viel Reichskassenscheine in Umlauf setzen, ohne unsere Valuta zu verschlechtern.

Graf v. Mirbach: Mein Wunsch geht nur dahin, daß wir von einer Verdrückung der direkten Steuer tunlichst verschont bleiben.

v. Buch: Diesen Wunsch teile ich, wir können aber nicht Steuern herabsetzen, wenn es nicht im Interesse des ganzen Staates liegt.

Damit schließt die Aussprache. Der Gesetzentwurf wird en bloc angenommen.

Eine Reihe von Denkschriften wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Bei dem Bericht über die Verhandlungen des Landes-Eisenbahnrats wendet sich Dr. v. Baumhoffer gegen die Tarifermäßigungen für Margarine. Warum bevorzugt man dieses Deltalg?

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Margarine ist heutzutage ein weitverbreitetes Nahrungsmittel. Uebrigens gehören wir die Tarifermäßigungen auch der ausländischen Nahrung.

Der Bericht wird durch Kenntnisnahme erledigt. Ebenso der Baubericht der Eisenbahnverwaltung und die Ueberlicht über die Verhandlungen des Wasserstraßenbeirats.

Eine Petition des westfälischen Provinziallandtages um Freilassung des Verkehrs auf dem Dortmund-Emskanal vom staatlichen Schlepplimonopolbetrieb wird vom Oberbürgermeister Schöff-Dortmund besüßwortet, der Anhörung des Wasserstraßenbeirats für den Dortmund-Emskanal fordert.

Minister v. Breitenbach erklärt, daß dem nichts im Wege stehe, den Beirat über örtliche Fragen zu hören.

Die Eingabe wird als Material überwiesen, zur Ermägung eine Eingabe um gesetzliche Neuregelung der Auffuchung und Gewinnung der Steinkohle.

Eine Eingabe der deutschen Mittelstandsvereinigung ersucht um Intraffizierung des zweiten Abschnitts des Reichsgesetzes über die Sicherung der Bauforderungen in den Gemeinden, wo der Nachweis des Bauwindels erbracht wird.

Klempnermeister Blase-Dannover beantragt, die Petition zur Verdrückung zu überweisen.

Oberbergat Wächter und Geheimrat von Herrmann sprechen gegen den Antrag.

Der Antrag Plate wird angenommen.

Nach Erledigung weiterer Petitionen vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr (Tagesordnung noch unbestimmt.)

Arbeiterbewegung.

Die Berliner Buchdrucker zum Konflikt der Maschinenmeister.

Eine überfüllte Mitglieder-Versammlung des Buchdruckerverbandes beschäftigte sich am Mittwoch abend mit dem Konflikt der Maschinenmeister und seiner Beilegung. Die Stimmung der Versammlung war ziemlich gereizt. Schon bei den sachlichen Schilderungen der Konflikts-Vorgänge kam die durch Zwischenrufe zum Ausdruck. Eine vom Geworke ein-gebrachte Resolution wurde schließlich angenommen; aus der Versammlung heraus wurden noch andere Resolutionen eingebracht, die in schärferer Weise die Meinung der Mitglieder kund tun wollten. Die angenommene Resolution verurteilt die entgegen den Befehlen der Verbandsleitung erfolgte Arbeitsniederlegung der Maschinenmeister, tadelt aber die unangemessene Behandlung des Personals durch die Firma Scherl, die als Ursache der Erregung zu betrachten sei. Das Tarifamturteil unter Punkt 3, daß die zwei Vertrauensleute für schuldig erklärt, den Kontraktbruch und Tarifbruch nicht verhindert zu haben und sie zur Wahrnehmung eines Amtes als Vertrauensmänner für nicht qualifiziert erachtet, wurde als unmittelbare Veranlassung zu dem Vorgehen der Maschinenmeister angesehen. In der Resolution wird eine Revision dieser Entscheidung verlangt, weil sie in ihren Konsequenzen als außerordentlich gefährlich nicht nur für das Weiterbestehen der Vertrauensmänner-Institution, sondern auch für die ganze, in erster Linie doch auf der Solidarität beruhende gewerkschaftliche Tätigkeit des Verbandes angesehen wird.

Die Antragsteller der übrigen Resolutionen, die sich mehr oder minder scharf gegen die Beschlüsse des Tarifamtes und gegen die Haltung der Verbandsleitung aussprachen, wollten ihre Resolutionen nicht zurückziehen. Schließlich gelangte in der stürmisch verlaufenen Abstimmung eine der Resolutionen mit großer Mehrheit zur Annahme, die von den Schiffenwerkstätten im Tarifamt verlangt, daß sie ihre Konten niederlegen sollen.

Zum Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Den Unternehmern, und insbesondere ihren „verantwortlichen“ Führern, wird in der gegenwärtigen Situation unheimlich. Besonders die Bauischlermeister sehen immer mehr Arbeiter nach auswärts abgehen und wissen auch bestimmt, daß die auswärtigen Unternehmer so leicht aus Hamburg nicht wieder verdrängt werden können. In der letzten Woche haben darum auch wieder eine Anzahl Betriebe die Forderungen bewilligt, weshalb weitere 150 Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen konnten, so daß gegenwärtig zirka 1800 Arbeiter zu den neuen Bedingungen arbeiten. Außerdem hatte der Holzarbeiterverband durch ein Flugblatt, das in 300.000 Exemplaren vertrieben wurde, die Hamburger Bevölkerung über die Ursachen des Kampfes aufgeklärt. Auch die Zahl der Arbeitswilligen ist erheblich zurückgegangen. Das veranlaßt die Unternehmerleitung, der Deffektivität Märchen zu erzählen. Zunächst wurde der ganzen Hamburger Presse ein „Mischmetz“ übermittelt, in dem behauptet wird, daß gegenwärtig bereits 1000 Arbeitswillige vorhanden seien. Mit Wertmettern und inkultive der Leute, die der Holzarbeiterverband in den Betrieben stehen ließ (Zwangsarbeiter usw.) sind es rund 400. Der Holzverband hat aber die Einschickung halber die Arbeiter einer ganzen Anzahl bewilligter Betriebe als Arbeitswillige mitgezählt! — um die Arbeitgeber leichter am Karrenfest führen zu können, denn die Angst ist groß, daß noch eine größere Anzahl in den nächsten Tagen kommt!

Zum Ueberflus haben die Unternehmer noch ein Flugblatt von riesigem Umfang an die Streikenden versandt, in dem mit der Wahrheit böse jongliert wird. Danach ist es der Holzarbeiterverband, der den Frieden nicht will, der Holzarbeiterverband hat die Verhandlungen zum Scheitern gebracht, und darum werden die Streikenden ersucht, sich schleunigst an ihre alten Plätze zu bemühen, sonst — werden sie von Arbeitswilligen besetzt — für polizeilichen Schutz ist gesorgt! Ungeheure Heiterkeit hat das plumpe Machwerk bei den Holzarbeitern hervorgerufen, ist ihnen doch bekannt, daß erstens die Unternehmer den Schiedspruch des Einigungsamtes abgelehnt haben und eine neue Verhandlung, die vom Amtsgerichtsrat Dr. Vogler angeführt war, und zu der die Arbeiter sich bereit erklärt hatten, durch folgendes Scheitern des Gewerbegerichts abgelehnt wurde:

„Gemäß richterlichen Auftrages wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihr Erscheinen am Dienstag, den 30. Mai cr., nachmittags 2 1/2 Uhr, nicht mehr erforderlich ist, da die Arbeitergeber eine erneute Verhandlung abgelehnt haben.“

Eine Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten, die am 19. Juni stattfand, nahm zu der gegenwärtigen Situation Stellung und erklärte einmütig, daß zu einer Änderung der Taktik kein Anlaß vorliegt. Die lächerlichen Bemühungen der Unternehmer, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen, wurden gehärend gebührend und einstimmig beschloffen: den Kampf wird weitergeführt bis zum erfolglosen Ende.

Täglich werden wieder Arbeiter der Hamburger Holzgewerbe die Arbeiterchaft Deutschlands, den Zuzug nach Hamburg fernzuhalten.

Differenzen in der „Sächsischen Waggonfabrik“ im Werkan. Am 10. Juni haben in genanntem Betriebe 800 Arbeiter die Kündigung eingereicht. Zum Teil sind diese Kündigungen am 17. Juni abgelaufen, der Rest läuft am 24. d. M. ab. Die Kündigungen erfolgten, weil die Direktion die gestellten Forderungen ablehnte. Gefordert wurde Verdrückung der Arbeitszeit von 59 auf 57 Wochenstunden, 5 Pfg. Zuschlag auf alle Stundenlöhne für Holzarbeiter, Festlegung von Mindestlöhnen und geringere Aufbesserungen der Akkordtarife. Mit den Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln, lehnte die Direktion strikte ab, und die langwierigen Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß führten zu keinem befriedigenden Ergebnis. Die geforderte Arbeitszeitverdrückung wurde schließlich zugestanden, aber alles weitere abgelehnt. Die Löhne in dieser Fabrik lassen sehr zu wünschen übrig. Die Sächsisch-Dünderischen Gewerksvereine sind an der Bewegung beteiligt. Zuzug von Holzarbeitern, Metallarbeitern, Malern und Sattlern ist fernzuhalten.

Streik in der Steinindustrie in Münster in Westfalen. Die in den Grabsteinbetrieben und Werkstätten für innere Kircheneinrichtungen beschäftigten Steinmeinen sind ausständig. Von den Arbeitern war ein Tarifvertragsentwurf eingereicht worden, den die Unternehmer ablehnten, weil sie sich durch einen Vertrag nicht binden wollten. Die geforderten Löhne wollten sie bewilligen. Verhandlungen verliefen resultatlos.

Aufgehobener Streik. In einer Versammlung der in den Berliner Eisen-Konstruktions-Werken beschäftigten Arbeiter, die gestern nachmittag tagte, wurde beschlossen, den Streik aufzuheben. Die Arbeit wird am nächsten Montag in allen Betrieben wieder zu den alten Bedingungen aufgenommen werden.

Streik bei der Straßburger Straßenbahn. Im Mai wurden der Direktion der Straßenbahn in Straßburg von den Organisationen der Depotarbeiter Forderungen unterbreitet. Es wurde eine Lohnerhöhung von 5 Prozent ab 1. Juli 1911 und eine weitere von 5 Prozent ab 1. Juli 1912, ferner Regelung der Nachschicht verlangt. Der Durchschnittslohn beträgt gegenwärtig 4,05 Mk. pro Tag für gemeine Arbeiter und steht damit weit unter dem, den jeder Kleinmeister in Straßburg tariflich anerkannt hat und auch bezahlt. Trotz vieler Einigungsversuche der Arbeiter lehnte die Direktion alles schroff ab. Am Montag, den 19. Juni, wurden darauf 127 von 156 Arbeitern ausständig, denen sich weitere 19 Mann aus einem Nebendepot anschlossen. Es handelt sich bei dem Streik um Metallarbeiter, Holzarbeiter und Lackierer. In zwei Versammlungen nahm nunmehr auch das Fahrpersonal der Straßenbahn zu der Lohnbewegung Stellung. Nach kurzer Debatte stellte sich das Fahrpersonal einmütig auf den Standpunkt, daß nicht nur die Löhne der Depotarbeiter, sondern auch die des Fahrpersonals (Löhne von kaum 100 Mk. pro Monat) den gestellten Anforderungen nicht entsprechen. Das Fahrpersonal verspricht Solidarität zu üben. Wenn es zwischen Direktion und Werkstättenarbeitern nicht zu einer Einigung kommt, ist der Streik des Fahrpersonals zu erwarten.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags von 12-1 Uhr Mittags.

S. O. 100. 1. Wenn Sie sich kirchlich trauen lassen, müssen Sie auch die Kosten dafür an die Kirche zahlen, die Sie sonst verfragen kann. 2. Nein.

S. R. 100. Brief. Das Testament kann so wie angegeben abgefaßt werden; wenn aber kein gesetzlicher Grund zur Enterbung der ältesten Tochter vorliegt, ist es anfechtbar.

Steinw. a. O. Ist der Mann katholisch und die Frau evangelisch, so muß an beide Kirchen je die Hälfte der sonst festgesetzten Kirchensteuer gezahlt werden.

Werkstattfrage. Wenn Sie auch zur Maxime ausgebeuert wurden, müssen Sie trotzdem die Steuern zahlen und zwar bis zum Ende des Monats, in dem Sie eingezogen werden.

100. Friedlachs. Ein Klomb ist, wie schon der Name sagt, ein Jude. Die Klompen sind Leute, die die Klompen haben, in Palästina wieder ein neues jüdisches Staatsvolk zu errichten. Sie haben bereits größere Banden für Palästina bilden erwohnen, und es sind auch jüdische Klompen, die mitten angeheult werden. In einer politischen Zusammenkunft werden es die Juden des neuen Zion eher kaum erlauben, die Palästina in jüdischer Besatzung zu lassen.

